

# Holzarbeiter-Zeitung.

Beischrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich.  
Abonnementpreis M. 1.— pro Quartal.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten  
Post-Nr.: 3220.

Herausgeber: B. Große in Hamburg.  
Verantwortlich für die Redaktion: A. Köhler, Hamburg;  
für die Expedition und den Anzeigentheil: S. Stubbe, Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Wismarstraße 10.

Inserate f. d. vierspalt. Petitzeile od. deren Raum 30 A.  
Bergnügungs-Anzeigen 15 A, Versammlungs-  
Anzeigen und Stellenvermittlungen 10 A pro Petitzeile.  
Beilagen nach Uebereinkunft.

## Die Beschaffung von Mitteln für die Streikkasse ist jedes Kollegen Pflicht!

**Inhalt:** „Mehr Achtung für unsere Fabrikanten“. — Die Sonntagsruhe im Staate der Sozialreform. — Der Einfluß der höheren Arbeitslöhne auf die kulturelle Entwicklung der Arbeiter. — Sozialpolitische Rundschau. — Deutscher Holzarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. Verbands-Nachrichten. Bekanntmachung des Ausschusses. Bekanntmachung der Preßkommission. — Korrespondenzen. — Jahresbericht des Agitationscomités der Holzarbeiter Badens. — Adressen der Holzarbeiter-Agitationscomités. — An die Ortsverwaltungen des Holzarbeiterverbandes des östlichen Westfalen und Lippe. — Eingekandt. — Verband deutscher Korbmacher: Korrespondenzen. — Streiks und Lohnbewegung. — Gewerblichkeits. — Gerichtliche Chronik. — Technisches. — Literarisches. — Briefkasten. — Versammlungs-Anzeiger. — Anzeigen.

### Lohnbewegung.

Zuzug ist fernzuhalten: Von Tischlern nach **Barel** (Zietjens' Werkstatt), **Konstanz** und **Marzili** in **Bern** (Firma Coq); von Knopfdrexlern nach **Schwöllu** i. **S.-A.**; von Stellmachern nach **Nürnberg** und **Wilster** (Holstein); von Vergoldern nach **Leipzig-Menduis** (Firma B. Große).

Wir erwarten aus vorstehenden Orten mindestens alle zwei Wochen eine Mittheilung über den Stand des Streiks oder die Aussperrung; im anderen Falle streichen wir die Orte ohne Weiteres. Die Red.

### „Mehr Achtung für unsere Fabrikanten!“

„Wir leben in der Zeit der Phrase, der Verheißung und Verdröhnung. Unter der Herrschaft der Schlagworte hat sich Vieles von Unterst zu Oberst gekehrt und Verleumdung und Verheißung haben viel Unheil angestiftet auf den mannigfaltigsten Gebieten des Verkehrslebens, insbesondere auf dem des industriellen Großbetriebes.“ Nicht einem Arbeiterblatte, sondern einem echten und rechten Kapitalistenblatte, dem „Confektionär“, entnehmen wir vorstehende Zeilen. Der Inhalt paßt ganz vortrefflich, nicht wie er meint, auf die Arbeiter, sondern auf die Herren Kapitalisten und Konsorten. Was haben sich diese Menschen schon Alles erlaubt, was haben sie im Laufe der letzten Decennien den Arbeitern gegenüber an Verleumdung und Verheißung geleistet. Mit welcher Unverfrorenheit brachten sie es seinerzeit fertig, den Arbeitern die Fbioten und Attentäter Göbel und Nobiling an die Rockschöße zu hängen, um jenes Schandgesetz durchzubrüden, das soviel Unheil angestiftet hat. Unheil brachte es für die arbeitende Klasse, Millionen Liebesgaben für Agrarier, Zucker- und sonstige Industriearbete. Jenes Schandgesetz war nothwendig, um Denen vorher den Mund zu stopfen, die man nach Wegelagerer Art berauben und ausplündern wollte, und das ist ja vortrefflich geglückt. Nur erst wenige Wochen liegen hinter uns, wo wiederum ein Gesetzentwurf begraben wurde, der dazu dienen sollte, Junkern und Industriefürsten die Wege für einen neuen großartigen und modernen Raubzug zu ebnet. Dieses Begräbnis bedeutet allerdings, darin hat der „Confektionär“ recht, ein „Unheil“ für die industriellen Großbetriebe. Es war so schön gewesen, hätte man den Arbeitern wiederum einen Maulkorb umhängen, ihre Bewegungs- und Koalitionsfreiheit lahmlegen und sie daran verhindern können, gegen die großen geplanten Aktionen der modernen junkerlichen Raubritter zu protestiren, zu protestiren gegen die beliebte gewordene Methode des: „Hilft Du mir, so helf ich Dir.“

Wie gerne hätten Junker und Industrieritter der Arbeiterklasse gezeigt, daß für sie weder eine Reue noch eine Willensänderung statthast ist, daß vielmehr

das „alte aber berechnete Sprüchwort“, wie der „Confektionär“ sagt: „Weß Brot ich esse, des Lieb ich singe“ wieder zur Geltung käme. Das ist jammerlich! „Heute“, sagt der „Confektionär“ weiter, „ist es dahin gekommen, daß Derjenige angefeindet, besudelt und in den Roth gezerrt wird, der mit allem Aufwand geistiger und materieller Mittel bestrebt ist, Hunderten von Menschen durch Beschäftigung Erwerb zu bieten und diese vor Hunger und Roth zu schützen. In einer solchen Zeit darf es als besonderes Verdienst gelten, wenn sich Jemand findet, eine Lanze für die industriellen einzusetzen und auch der Kopparbeit ihren sozialpolitischen Antheil zu vindiziren (vertheidigen):

„Der Fabrikant ist mindestens als ein ebenso nütliches Mitglied der staatlichen Gesellschaft zu betrachten, wie irgend ein Handwerksmeister, wenn dieser auch mit eigenen Händen den Hobel führen und den Schmiedehammer schwingen würde, was heutzutage nicht immer bei den gehätschelten und wegen ihres parlamentarischen Stimmrechts viel unvorbenen Kleingewerbetreibenden der Fall sein soll.“ Die gesperrt gedruckten Worte stammen aus irgend einer zünftlerischen Zeitung, die eine Lanze für die der Gesellschaft so „nützlichen Fabrikanten“ brechen wollte, und bekommt nun dafür von dem „Confektionär“ den wohlverdienten Gekelstrich, daß Diejenigen, deren Interessen sie vertritt, erstens das viel geachtete, gehätschelte und viel unvorbene Stimmvieh für die vermeintlichen Handwerker, „freunde“ aus den Reihen der Großindustrie sind und zweitens in dem wenig schmeichelhaften Aufstehen, das „Führen des Hobels und das Schwingen des Schmiedehammers“ ihren Gesellen zu überlassen, selbst aber, die Hände in den Hosentaschen, die grüne, blaue oder weiße Schürze, die Fierde des „ehrbaren Handwerksmeisters“, umgebunden, frühchoppelnd von einer Kneipe in die andere pilgernd, auf ihre Gesellen und die schlechten Zeiten schimpfend, dem Herrgott den Tag abfehlen! Und wer möchte behaupten, daß das Fabrikantenorgan etwa so Unrecht hätte, wir kennen sie ja, die „ehrbaren Handwerksmeister“. Zufällig sind wir nun nicht der Meinung wie das Zünftlerorgan, auf das sich der „Confektionär“ bezieht. Wir vertreten vielmehr die Ansicht, daß eine Reihe Fabrikanten recht überflüssige Stücke Möbel sind und recht wohl in der Gesellschaft entbehrt werden könnten. Die Produktion aller Gebrauchswerthe würde deshalb um kein Jota zurückgehen, im Gegentheil, sie würde einen bedeutend größeren Aufschwung nehmen; deshalb, weil die Gesellschaft dann nicht mit ihren heutigen Drohnen und mit deren Unternehmerprosit zu rechnen haben würde. Der Bedarf an Produkten würde eine Steigerung erfahren müssen, weil dann alle Menschen, so weit sie körperlich oder geistig an der Hervorbringung aller Produkte betheilig sind, auch die Früchte ihrer Arbeit genießen wollen und nicht, wie heute, nur für das Wohlleben einiger Weniger arbeiten, selbst aber dem größten Elend überantwortet sind.

Wenn der „Confektionär“ weiter behauptet, daß die Industriellen „in krisenhaften Perioden, in Zeiten geschäftlicher Depression die größten materiellen Opfer bringen, ihren Geschäftsbetrieb aufrecht zu erhalten, nur um ihren Arbeitern ein behäbiges Auskommen bieten zu können“, so ist das, gelinde gesagt, eine große Lüge. Nicht der Arbeiter wegen läßt der Fabrikant produziren, nicht aus reiner Menschenliebe beschäftigt er sie, bei ihm ist der Gewinn die Hauptache; und falls dieser wirklich in Zeiten der Krise nur ein minimaler

sein sollte, so wird er aber sicher, so lange er noch Arbeiter beschäftigt, nicht mit Verlust arbeiten, sondern sich an den Arbeitern schadlos halten, d. h. ihnen keine Löhne zahlen, die eine „behäbige“, sondern nur eine Hungerexistenz gestatten; daß der Fabrikant die Arbeiter in Zeiten der Krise beschäftigt, liegt in seinem eigensten Interesse, selbst wenn er auf Vorrath, ja selbst mit etwas Verlust arbeiten lassen sollte, denn sobald er die Fabrik schließt, ist er überhaupt verloren.

Daß aber oft die Zeiten der wirtschaftlichen Depression seitens der Fabrikanten in ganz niederträchtiger und unverantwortlicher Weise zum Nachtheile der Arbeiter ausgeschaltet werden, daß Lohnrückereien und Affordreduzierungen, Arbeitszeitverlängerung usw. immer unter Hinweis auf die große Reservearmee, die „draußen vor dem Thore wartet“, an der Tagesordnung sind, ist nur zu bekannt, und daß die Arbeiter, die diese niederträchtigen Unternehmermanipulationen am eigenen Leibe nur zu föhlbar empfinden, derartige Fabrikantensubjekte als „Ausbeuter, Bucherer und Blutsauger“ an den Pranger stellen, darüber braucht der „Confektionär“ wahrlich nicht verwundert zu sein. Wenn er aber glaubt, „so mancher Industrielle dürfte seine Arbeiter“, — die bei neun- bis zehnstündiger Arbeitszeit Wochenlöhne in Verdienst bringen, wie sich solcher die große Mehrzahl subditer Beamten und selbstständiger Kaufleute nicht erfreut, — beneiden und froh sein, des Kammers und der Sorge um die Aufrechterhaltung seiner Existenz und seiner kaufmännischen Ehre ledig zu sein, gut, dann nicht gezögert. Niemand hindert die Industriellen daran, ihre Rolle mit der ihrer Arbeiter zu vertauschen und die Hand nach deren „begehrtestem“ Loos und deren „hohen Wochenlöhnen“ auszustrecken. Ein Thor, wer noch länger Fabrikant bleibt. Daß der „Confektionär“ uns an seiner Seite hätte, wenn man es versuchen wollte, der Kopparbeit, auf der, wie er sagt, „die Basis der Großindustrie beruht“, das Recht, an den Ertragschaften der Industrie, der Kultur und deren Segnungen theilzunehmen, freitig zu machen, wollen wir ganz besonders betont haben.

Wir wissen längst, daß sich nicht die Kapitalbesitzer, die großen Aktionäre und Millionäre, um die Förderung und den Aufschwung der Industrie verdient gemacht, sondern gerade die Vertreter und Forscher auf dem Gebiete der Wissenschaft und der Technik es waren, die Hand in Hand mit dem Mann der Arbeit die Industrie auf die heutige Höhe gebracht haben. Wenn das Kapital in Gestalt des Geldes oder der Produktionsmittel zur Verwirklichung resp. Ausnutzung der großen Erfindungen und Entdeckungen sich nun zufällig in den Händen von Kapitalisten befand, die es verstanden, sich dieselben zu ihrem eigenen Vortheile zu Nuzze zu machen, so ist damit noch keineswegs bewiesen, daß diese Kapitalisten und Fabrikanten nicht zu entbehren seien. Am allerwenigsten haben sie aber das Recht, auf ihren Geldsack pochend, Lorbeeren ernten zu wollen, die nicht ihnen, sondern den wirklichen Förderern der Industrie gehören, und zu diesen zählen wir Kapitalisten und Großindustrielle, die für Geld sich Alles unterthan machen, Gewinn einstreichende Aktionäre und jaullenzende aber genießende Kouponabschneider nicht.

Der albernen Schmeichelei, oder richtiger Phrase, daß auch die „Lorbeeren der Arbeiter auf der Basis der Großindustrie“, natürlich derjenigen der Gegenwart, „beruhen“ sollen, brauchen wir kein ernstes Wort zu widmen, aber ebenjowenig wird auch die Verhinderung des „Confektionär“ ernst genommen werden

können, daß er stets und immerdar der manuellen Arbeit (Handarbeit) das Wort geredet und stets und immerdar dafür plaidiert haben will, „daß die ehrliche und redliche Arbeit auch ihren vollen Lohn finden möge.“

Wenn das Kapitalistenblatt auch von einem Lohn für „redliche und ehrliche“ manuelle Arbeit spricht, so zeigt der Pferdefuß, den es herausstreckt, nur zu deutlich, daß die „ehrlche und redliche“ Kopfarbeit der Kapitalisten und Industriellen — die sich zum großen Theile aus ganz etwas Anderem zusammensetzt, als was man gewöhnlich unter Kopf- und manueller Arbeit versteht, — gemeint ist, der die „Anerkennung, die ihr von Rechtswegen gebührt, auch zu Theil werde.“

Auf die Hezerei und die Drohung des „Confessionär“ werden wir in nächster Nummer zurückkommen.

### Die Sonntagsruhe im Staate der Sozialreform.

#### II.

u. Die zu § 105 d gefaßten Bundesrathbeschlüsse, welche die Ausnahmebestimmungen für die kontinuierlichen Betriebe enthalten, umfassen in 8 engbedruckten Folioseiten über 80 dicht zusammengedrängte Nummern von Betriebsarten, denen gleicherweise wie den Kampagneindustrien und Saisongewerben massenhafte Zugeständnisse zu Ungunsten der gesetzlichen Sonntagsruhe der Arbeiter gemacht worden sind. Der Begriff des „ununterbrochenen Betriebes“ ist dabei höchst einseitig, und zwar lediglich von der technisch-wirtschaftlichen Seite aufgefaßt worden, wodurch natürlich die sozialen und ethischen, und nicht zum wenigsten auch die sozialhygienischen Rücksichten zu kurz gekommen sind. In Summa ist auf das Einseitigste das Unternehmerinteresse gewahrt und diesem die Interessen der Arbeiter sowohl, als auch die jedes wahren Menschenfreundes untergeordnet worden, und höchstens die Orthodogie hat einige Berücksichtigung bei der Freihaltung der Kirchenstunden erfahren, getreu dem offiziellen Regierungsprogramm für kapitalistische Ordnung und religiöse Sitten. Dadurch ist den unliebamen Mahnern auf der Kanzel der Mund gestopft und die Andachtsübung für Gott Rammom — für den Unternehmer, seinen Auserwählten — und für dessen heiligen Profit entbehrt nicht länger des kirchlichen Segens, der ihr bisher zur wahren Beize fehlte. Damit glauben die ehlen Arbeiterfreunde den nun ihren Sonntag gebrauchten Arbeitern Genüge getan zu haben.

Diese überaus liebevolle Berücksichtigung des im ununterbrochenen Betriebe konzentrierten technischen Produktionsfortschritts und des in diesen Betrieben engagierten Kapitals zum Schaden der Sonntagsruhe muß den lebhaftesten Protest aller wahren Sozialpolitiker und Sozialhygieniker hervorrufen; offenbart sich in ihr doch keineswegs die Fürsorge für die Abwendung der die Arbeiter betreffenden üblen Folgen des Produktionsfortschritts, sondern lediglich die Rücksicht auf den durch den einseitigen Arbeiterschutz beeinträchtigten Profit der Unternehmer, auf den ununterbrochenen Betrieb der Profitmacherei. Der kontinuierliche Betrieb ist die vollendetste Herrschaft des todtten Produktionsmechanismus über die Arbeiter, die völlige Anrechnung und Entrechtung der menschlichen Arbeitskraft; er stellt die nachste Proklamtion des Unternehmerinteresses dar. Mag eine Anrechnung der Arbeitspflicht auf die sonst allgemein übliche Arbeitszeit auch aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen gerechtfertigt erscheinen, prinzipiell bedeutet sie die Verleumdung jeglicher Rücksicht gegen die Arbeiter und gegen deren natürlichen Rechte und Bedürfnisse, die größtenteils Verletzung der öffentlichen Ordnung und des Gemeinwohls, wie solches noch Jahrhunderte langer Auffassung erkannt wurde. Nur das Allgemeinwohl rechtfertigte früher eine Uebergehung der allgemein üblichen Grenzen der Arbeitszeit, und wenn es in dieser Hinsicht stets vereinzelte Ausnahmen gegeben hat, so wäre doch ein ununterbrochener Betrieb der Produktion, wie er heute keines der Industrien als ihr gutes Recht geltend gemacht wird, früher, und zwar nicht bloß aus technischen Gründen, unmöglich gewesen. Gerade unser liberales Unternehmertum, das sich z. B. recht bemerkenswert für die Aufrechterhaltung der guten Sitten in's Zeug legt, möge nicht vergessen, daß die Forderung einer ununterbrochenen Betriebsweise früher als mit den guten Sitten im Widerspruch stehend betrachtet werden muß. Heute aber sind es gerade die von Eisenbahnen und Telegraphen, die von Erfindungen und Entdeckungen begünstigten Industrien, die der Rücksichtlosigkeit gegen die gesunde menschliche Arbeitskraft den weitesten Spielraum geben, und selbst das Bemerkliche und Bestrafliche beschreiben, wenn es ihr Geschäftsinteresse erlaubt. Das beweist ein Blick auf die Ausnahmestellen der vom Bundesrath für mäßig beschränkten Industrien und Betriebsarten. Mehr als 80 Betriebsarten aus 7 Industriezweigen sind darin berücksichtigt, manche sogar in einer Reihe, als der früher nur auf

gewisse Maschinen und Arbeitsprozesse beschränkte ununterbrochene Betrieb und die dazu gehörigen Arbeiter für solche Fabriken auch für andere Arbeitsvorrichtungen freigegeben wurde. Und eine mindestens gleich große Reihe von Betriebsarten sind übergangen worden bloß deshalb, weil der Bundesrath deren Ansprüche schon durch § 105 c für genügend berücksichtigt erachtete, und mit dem besonderen Hinweis, daß man für die in Frage kommenden Arbeitsvorrichtungen die Bestimmungen des § 105 c für zutreffend erachten wolle. Was also die Industriellen selber nicht für ohne Weiteres für erlaubt halten, und dafür den besonderen verwaltungsgesetzlichen Schutz anrufen, das giebt ihnen der Bundesrath durch gesetzliche Interpretation frei, und verzichtet dadurch auf ein ihm von der Reichsregierung übertragenes Kompetenzrecht, augenscheinlich bloß, um die umfangreiche und auf die verschiedensten Gefühle stoßende Ausnahmeliste der Großindustriellen nicht noch weiter zu vergrößern. Und es sind ja zumeist Industrielle, die an diesen Ausnahmen partizipieren, während die Masse der Kleingewerbetreibenden mit dem Bundesrath nur, insoweit ihre Betriebe als Saisongewerbe in Betracht kommen, zu thun hat, im Uebrigen aber sich mit den untersten Polizeibehörden nach § 105 c, aber hier für jeden Einzelfall, abzufinden hat. Mußte die ungerechte Schädigung um die wohlverdiente Sonntagsruhe schon die Arbeiter erbittern, so ist diese ungerechte Vertheilung der Ausbeutungserlaubnis nur zu geeignet, auch die Masse der Kleingewerbetreibenden unzufrieden zu machen; daher die nachträgliche Berücksichtigung einiger besonders in Betriebe kleinsten Umfanges zerplitteter Berufe bei der Regelung der Ausnahmen für Saisongewerbe.

Woher aber, fragen wir, hat die Industrie ihr Recht auf den ununterbrochenen Betrieb, der hier zum Vorwand dienen soll, die Ruhezeit der Arbeiter zu schädigen? Wer hat wohl je die Arbeiter bei der Einführung irgend einer solchen Neuerung in der Betriebs-technik gefragt, ob sie auch mit allen wirtschaftlichen und auch mit den ev. gesetzlichen Folgen derselben einverstanden sind? Wer hat sich je darum gekümmert, ob sie durch die neue ununterbrochene Betriebsweise nicht etwa gesundheitliche oder wirtschaftliche Nachteile haben, ob ihre Interessen auch bei alledem genügende Berücksichtigung erfahren, oder ob ihnen die Einführung der 8 oder 12 stündigen Wechselshiften auch angenehm war? Niemand, am wenigsten der Unternehmer; nur sein Interesse, oder, wie es bei ihm stets heißt, das Interesse der Industrie oder das seiner Konkurrenz gegen diese Industrie war stets maßgebend für solche Neuerungen. Und doch wurde hier und da Rücksicht genommen auf solche Arbeiter, die diesen technischen „Verbesserungen“ abwehrend oder murrend gegenüberstanden, indem sie gewöhnlich bei guter Gelegenheit auf die Strafe gesetzt und ihre Plätze mit Willigeren, vielleicht auch gar mit Hülfsarbeitern, besetzt wurden, die den ununterbrochenen Betrieb als fait accompli erkannten und sich mit dieser Thatsache abfanden. Diese widerstandslosen Elemente gaben somit Namens der Arbeiterklasse ihre Sanction und nahmen Bedingungen des Arbeitsvertrages an, die den früheren Auffassungen über die guten Sitten schmerzhaft entgegenliefen und die in jedem anderen Falle von den Gerichten hätten annullirt werden müssen, wenn sich auf dem Gebiete des Arbeitsvertragsrechts nicht die schrankenloseste Vertragsfreiheit des Individuums und die krasseste Ignoranz gegen unethische, gesundheitsschädliche und gemeingefährliche Verträge herausgebildet hätte, so daß selbst unsere gegenwärtigen Gewerbegerichte in der Regel diesen kampflosen Boden der Vertragsfreiheit anerkennen. Auf diesem Gebiete giebt es eben keine guten Sitten mehr, so daß es nicht Wunder nehmen kann, wenn deren Verstandnis der gegenwärtigen Generation abhanden gekommen sein sollte.

Und hat etwa die Gesetzgebung oder die Arbeiterschaft die Unternehmer gezwungen, den kontinuierlichen Betrieb einzuführen? Hat sie den Weber vom Handwebstuhl verjagt und den ununterbrochenen Betrieb der mechanischen Webstühle, der Stachmaschinen und Riementische veranlaßt? Hat sie etwa den Akkumulatorenbetrieb für Hebeerkraft eingeführt, um damit systematisch die Ruhezeit der Motoren und Werkzeugmaschinen zu befristigen und die Arbeitsruhe im Interesse der rascheren Ausnutzung des Kapitals zu beschleunigen? Alles dies geschah lediglich im Interesse des Kapitalismus, im Einzelfalle im Interesse des Privatunternehmers, in der Gesamtheit im Interesse der Kapitalistenklasse, keineswegs zum Nutzen der Gesellschaft. Wir sind gewiß die Letzten, die den Produktionsfortschritt mit solchen Augen betrachten; wir schämen die technische Entwicklung hoch und erkennen ihre erfreuliche Rückwirkung auf die Produktion und den sozialen Fortschritt in den einzelnen Fällen rückhaltlos an. Aber das

kann uns nicht hindern, mit der Phrase aufzuräumen als sei das Alles nur im öffentlichen Interesse geschehen und als hätte die Welt bloß Grund, dankbar zu sein, Alles mit in den Kauf zu nehmen und sich mit Allem abzufinden zu wissen, was der Kapitalismus aus der Verbindung von Technik und Privatwirtschaft herausschlägt. Auch die manchesterliche, ungehindert freie Entwicklung hat ihre Grenze in den Gesamtinteressen der Völker. Nicht Alles ist gut, was entstanden ist. Hunderte von Wegen führen zum Ziele und sie sind ihrer Natur nach in Berücksichtigung sowohl allgemeiner sozialer Interessen, als auch der der beteiligten Arbeiter sehr verschieden. Da kann viel, da kann auch wenig Rücksicht genommen werden auf die Arbeiter, manchmal auch gar keine, oder gar solche zu ihrem Schaden, wie wir es ja gewöhnt sind.

Und daß der rücksichtsloseste Weg immer der beste sei, wer wollte das behaupten und aufrecht erhalten. Für den Augenblick vielleicht und für den Profit hunger, der nur das nächste Ziel vor Augen hat, nicht aber für das allgemeine Wohl und für alle Zukunft. Es giebt kein ökonomisches Prinzip, das sich für alle Zukunft bewährt hätte. Es ist interessant, daß unsere gegenwärtige technische wie ökonomische Richtung englischen Ursprungs ist, verwachsen mit den nationalen Eigenthümlichkeiten einer Rasse, welche immer nur auf die allernächst liegendsten Ziele ihre Kräfte, aber auch ihre ganzen Kräfte konzentriert und in der Wahl ihrer Mittel nicht sonderlich skrupulös ist. Daher auch das Prinzip der Elbogenfreiheit hier seine erste Ausbildung erfuhr. Aber auch in England hat diese Theorie abgewirtschaftet und in Sachen des Arbeiterschutzes wird sie sich noch manche Einschränkung und Ablenkung gefallen lassen müssen. Diese Energie der Engländer, auf die Durchführung zeitgemäßer Prinzipien verwandt, hätte dem Arbeiterschutz ein rascheres Tempo verleihen müssen, und erst seit wenigen Jahren gewinnt es den Anschein, als ob die englische Arbeiterschaft auch in der Achtstundebewegung die führende Rolle übernehmen wird. Aber gerade in England, dem Mutterlande der großindustriellen Entwicklung, hat die gesetzliche Sonntagsruhe dem ununterbrochenen Betriebe die wenigsten Konzessionen gemacht. Nicht allein, daß dort eine weit strengere Sonntagsruhe herrscht, wie sie selbst das Ideal unserer Orthodogie übersteigt, ist eine Reihe der entwickeltesten Industrien schon dazu übergegangen, die Fabriken am Samstag Mittags 12 Uhr zu schließen, und es wird kein Jahrzehnt vergehen, bis dieses im Interesse des Arbeiterschutzes sowohl, als auch in dem des weitersehenden Kapitalismus erkämpfte Prinzip auch gesetzlich festgelegt ist.

Der ununterbrochene Betrieb, so wenig oft in technischer Beziehung ein Fortschritt in ihm zu verkennen ist, hat für das Allgemeinwohl wenig Interesse, nicht alle technischen Fortschritte repräsentieren auch soziale Fortschritte. Ja, wir können kühn behaupten, er ist in den meisten Fällen überflüssig, oder durch andere technische Fortschritte überflüssig zu machen, man müßte denn gerade dem Triumpf des Maßlosen, der Rücksichtslosigkeit das Feld überlassen! Auch die gesetzliche Einschränkung der Produktionsentwicklung, wie jeder Arbeiterschutz sie bedeutet, kann dem technischen Fortschritt — dem wohl verstandenen technischen Fortschritt — förderlich sein. Am wenigsten ist die Staatsmaschine dazu vorhanden, bloß den kapitalistischen Fortschritt zu begünstigen, wenn sie sich mit dem Programm der Arbeiterschutzreform nicht in den schreiendsten Widerspruch setzen will. Ist es doch die eigene Initiative des Großkapitals gewesen, solche Einrichtungen zu treffen und darin Kapitalien zu steuern, mit dem bewußten Willen, die Arbeiter denselben dienstbar zu machen und zu ihrem Nutzen auszubeuten. Ist es doch auch das Unternehmertum allein, daß seit der letzten Sonntagsarbeit-Enquete 1885 in den entwickeltesten Industrien die hohen Dividenden geschludt hat und das dabei seine nächsten Pflichten gegen die Arbeiter soweit vergaß und außer Rücksicht ließ, daß es von der Gesetzgebung daran erinnert werden mußte. Auch die obige Enquete war eine Warnung für sie; eine Offenbarung mußte es für sie sein, in welcher Richtung sich der soziale Fortschritt bewegte. Ihre Aufgabe mußte es sein, die technische und wirtschaftliche Entwicklung damit im Einklang zu halten. Nicht die wirtschaftliche Entwicklung hat die Sonntagsruhe überflüssig gemacht, hat den Nachtbetrieb eingeführt und die zwölfstündigen Arbeitsschichten, sondern die wohlverstandene egoistische Ausnutzung der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Unternehmer zu Ungunsten der Arbeiter, die wirtsh-

\*) Es bedarf die größtmögliche Kraftvertheilung sowohl als auch die Erfindung unabhängiger kleinerer Motoren und Werkzeugmaschinen lediglich die Handindustrie und die Zerstückelung der Produktionsmittel, ein ökonomisch durchaus rückwärtiges Prinzip, wenn auch der technische Fortschritt auf der Hand liegt.

schastliche und politische Herrschaft der Unternehmerklasse, die Schwäche und Widerstandslosigkeit der Arbeiterklasse. Das Verbot der Sonntagsarbeit wäre früher überflüssig gewesen; erst die in Wechselwirkung stehende Konkurrenz und Rücksichtslosigkeit der Unternehmer haben seine Notwendigkeit herbeigeführt. Und jetzt offenbart sich die politische Herrschaft der Unternehmerklasse wieder darin, daß sie sich die im kontinuierlichen Betrieb festgelegten Kapitalien garantieren läßt durch staatlichen Schutz, durch die Aufhebung der Sonntagsruhe der Arbeiter. Der Staat der Sozialreform garantiert dem Kapitalismus die Rente aus Einrichtungen, die den einfachsten menschlichen Bedürfnissen Lohn sprechen, welche die Arbeiter um die einfachsten Forderungen der menschlichen Natur betrügt. Erst die kapitalistische Rente, dann die Sonntagsruhe. Woher, fragen wir nochmals, woher dieses Vorrecht der Rente, dieses Privilegium des Kapitalismus? „Der historische Recht hat keinen Datum nicht!“ Dieses geflügelte Wort des Fürsten Schnapphanski hat sich auch die Bourgeoisie angeeignet. Das kapitalistische Recht resultiert nicht aus Zeit, aus Verfassungen oder aus Urkunden, es stützt sich auf — die Macht.

Aber auch die Machtverhältnisse wechseln. Gegenüber der politischen Herrschaft der Besitzinteressen giebt es noch einen Machtfaktor, den selbst der Kapitalismus nie völlig zu unterdrücken vermochte. Als der Kapitalismus die Parole ausgab zur Unterdrückung und Fesselung der Arbeiterbewegung — als nur zu willige Regierungen entusiastisch den Gedanken erfassen, um ihn in die Form eines Knebelungsgesetzes zu bringen, und als die schwarze, die goldene und die silberne (bimetallistische) Internationale sich dieses Produktes bemächtigt, um jede für eigene Rechnung, die Umsturzworlage mit Fußangeln und Halseisen für die Arbeiterklasse zu spicken, da regte sich die öffentliche Meinung murrend und grollend zum Schutze der Verfolgten und zur Vertheidigung der so schönede preisgegebenen Volksrechte, da schwoll ihre gerechte Entrüstung höher und höher, und mit ihr zusehends wuchs die Stärke der geachteten Bewegung, die schließlich der wahnwitzigen Ausgeburt von Herrschaft und Ausbeutung ein wohlverdientes Grab bereitete.

Hier fand selbst die vereinte Macht des Kapitalismus und des Staates ihre Grenze, und die Unterdrückten eine Zuflucht und ein für ihre Klagen geöffnetes Ohr, und an sie werden wir appellieren, um den Ausbeutungsgelüsten des Kapitalismus ein Ende zu setzen; hier werden wir unsere schmerzlichen Anklagen vorbringen, und dessen sind wir sicher, daß wir schließlich dem Rechte der Arbeit zum Siege verhelfen. Mag auch jetzt das Unternehmertum sich seiner ungehinderten Ausbeutungsfreiheit freuen, mag die Sonntagsruhe der Arbeiter einstweilen durch die gesetzliche Inkraftsetzung der Ausnahmen so durchlöchert sein, daß die Löcher größer sind, als der Boden, wie das „Sozialpol. Centralbl.“ treffend ausführte — das letzte Wort ist in Sachen der Sonntagsruhe keineswegs gesprochen. Wir werden der öffentlichen Meinung die Augen öffnen, und sie wird ihre Stimme abermals erheben und dem Rechte der Betroffenen, dem Gebote der Menschlichkeit Geltung verschaffen. Daran wird uns kein Umsturzgesetz und zum Wenigsten die Phrase von der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung hindern. Die Gesetzgebung hat unseres Erachtens nicht die Aufgabe, kapitalistische Einrichtungen zu schützen, gewisse Herstellungsverfahren oder technische Betriebsweisen zu privilegieren, sondern die Pflicht, die öffentlichen Interessen in Bezug auf die Gesundheit, Erziehung und Schadloshaltung aller Staatsbürger zu vertheidigen.

### Der Einfluß der höheren Arbeitslöhne auf die kulturelle Entwicklung der Arbeiter.

So oft die Arbeiter höhere Löhne erreichen wollen, ist uns Gelegenheit geboten, von unseren Widersachern zu hören (sie haben es auch bei dem Löhlerstreik nicht verabsäumt), daß die Arbeiter mit ihren „unrazionellen“ Forderungen die heimische Industrie zu Grunde richten wollen. Den aber die Natur mit einer kleinen Dosis Auffassungsgabe beschenkt hat, steht in dem Bestreben der Arbeiter, höhere Löhne zu erzielen, gerade das Gegenteil, denn höhere Löhne sind nicht nur für die Entwicklung der Industrie, sondern für die kulturelle Entwicklung im Allgemeinen von wohlthätigem Einfluß. Um dies zu erkennen, gehören keine speziellen volkswirtschaftlichen Studien. Unsere Arbeitgeber befinden sich in dem Maße, daß der Profit (nämlich ihr Profit, durch die Arbeit der Arbeitnehmer erzielte Gewinn) in dem Maße steigt, als die Löhne fallen. Die Praxis beweist aber, daß diese Auffassung eine falsche ist. Statt daß wir sehen würden, daß der Profit der Kapitalisten dort ein größerer ist, wo der Lohn ein niedriger, bemerken wir, daß die Arbeitgeber, die heimische Industrie dort am besten prosperieren, wo die Löhne hoch sind. In Wien, Südamerika u. d., wo die Arbeiter für einen Pappenstiel arbeiten, können die Arbeitgeber kaum bestehen, giebt es keine heimische Industrie. Demgegenüber ist der Profit der Unternehmer in England und Nordamerika, wo die Löhne hoch sind, ein großer, ihre Fabriken eine reiche, und wir konstatieren die hohe Thatsache, wenn wir sagen, daß die Industrie dieser beiden

Staaten den Weltmarkt beherrscht. Es ist unwiderlegbar, daß besser entlohnte Arbeiter, abgesehen davon, daß sie auch intelligenter sind, mehr konsumieren, die Waaren infolgedessen einen ausgebreiteten und ständigen Absatz finden, was die Grundlage des industriellen und sozialen Wohlergehens bildet. Es ist vielmehr eine Thatsache, daß billige Arbeit für das ständige Prosperieren des Kapitals von größerem Nachtheil ist, als welche gesellschaftliche Macht immer, denn höhere Arbeitslöhne sind für den Kapitalisten, Arbeiter, wie für die Allgemeinheit von bestem Einfluß.

Um die Arbeitskraft zu sichern, ist es notwendig, daß gegen deren Entwertung und Verbrauch Vorkehrungen getroffen werden. Die Entwertung der menschlichen Arbeitskraft weicht von der der Maschine wesentlich ab, doch ist ihre Wirkung in den Hauptgründen dieselbe. Verbesserte Maschinen sind aufzuführen und können erzeugt werden, bessere menschliche Arbeitskraft ist jedoch ein Produkt der Entwicklung. Der Mensch kann eine Maschine bis zur Unbrauchbarkeit benutzen und dann mit einer neuen, vollkommeneren umtauschen. Dies trifft aber bei dem Arbeiter nicht zu. Wird der Arbeiter schlecht entlohnt, überbürdet und mit ihm unwürdig umgegangen, verliert nicht nur er von seiner Gesundheit, sondern auch seine Kinder, die ihn zu ersetzen berufen wären, werden unbrauchbar. Auf diese Weise wird die höhere Ausbildung der Arbeiter hintertreiben.

Um von dem Arbeiter die beste wirtschaftliche Thätigkeit herauszuschlagen zu können, ist es nicht nur notwendig, daß derselbe während der Arbeit die größte Bequemlichkeit genießt, unter geregelten gesellschaftlichen Verhältnissen lebe, sondern im Falle der Arbeitsunfähigkeit rechtzeitig von der Arbeit zurückgezogen wird.

Auf letzteres antworten zwar die Herren Fabrikanten, daß sie die alten Arbeiter ohnedies auf's Pflaster werfen und durch jüngere Kräfte ersetzen, doch ist diese Politik weder human, noch wirtschaftlich gerechtfertigt. Inhuman deshalb, weil er ihn dann entläßt, wenn er infolge von Arbeitsunfähigkeit schon nicht mehr im Stande ist, sein Brod zu verdienen, und so zum Bettler gemacht ist. Er wird gesellschaftlich degradirt, was nichts Anderes bedeutet, als daß in ihm der Mannesstolz getödtet wird. Andererseits ist der Arbeiter dem Veruch ausgesetzt, ja darauf angewiesen, an seiner Lage so zu helfen, daß er seine Ansprüche auf das Minimum rebuszirt, um so für die Lage der Entbehrung einen Hehrpennig auf die Seite legen zu können. Aus diesem Grunde verläßt das Weib den Familienherd und geht in die Fabrik, das unentwickelte Kind verläßt die Schule, wenn es eine solche überhaupt besucht hat, frühzeitig und ist gezwungen, sich in die Dienste des Kapitals zu stellen. So werden im Rahmen der Sparsamkeit die schwerwiegendsten Interessen des Familienlebens vernachlässigt, die Unwissenheit verewigt und der Arbeiter in seinem sozialen Vorwärtskommen gehindert. Diese Politik ist deshalb nicht einträglich, weil sie das Wissen und die Vollkommenheit, die ein geschickter Arbeiter unbedingt benötigt, hintertreibt.

Auf einer je höheren Stufe der Bildung ein Arbeiter steht, desto größer werden seine Ansprüche, desto mehr verlangt er seinen Theil von der kulturellen Entwicklung.

Das Bestreben der Arbeiter also, ihre materielle Lage zu verbessern, ist gerechtfertigt und von kultureller Bedeutung, da sich das Wohlergehen eines Landes, einer Nation um die Achillesferse der Produktion und Konsumtion dreht, mit anderen Worten: Je mehr das Volk eines Landes, einer Nation konsumieren kann, desto mehr Artikel werden benötigt und desto mehr Arbeitskräfte beschäftigt. Die verschiedenen Gewerkschaften haben sich umso mehr, der Gewinn des Unternehmers wird höher. Wir wollen also mit unseren Bestrebungen nach höheren Löhnen die heimische Industrie heben und nicht zu Grunde richten, den Gewinn der Unternehmer nicht schmälern, sondern heben.

Daß wir Arbeiter die maßgebenden und berufenen Kreise über diesen elementarsten Begriff der Nationalökonomie aufklären müssen! Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen! Wir lernen und streben auch vorwärts. Wir wollen Industrie und Kultur heben, sie das Gegenteil. Und trotzdem nennen sie uns Umstürzler. Eine genug bittere Ironie des Schicksals, doch in dieser verkehrten Welt, wo sich die Händer von Hunderttausenden als Richter der aus Noth Großen Stehenden aufwerfen, ist es nicht zu verwundern.

Zur Erreichung höherer Löhne ist aber eine mächtige Fachorganisation notwendig. Es thue Jeder seine Pflicht.

### Sozialpolitische Rundschau.

**Vom bayerischen „Zutwel“.** In Fürth wurden aus einer Holzarbeiter-Versammlung Frauen und Kinderzählig ausgewiesen, weil die Polizei die Tagesordnung „Die Nothwendigkeit einer 1<sup>1/2</sup> stündigen Mittagspause“ als eine politische Angelegenheit betrachtete. Mehr kann in der Interpretationskunst auch die sächsische Polizei nicht leisten.

**Die Mitglieder einer Boykottkommission in Nürnberg,** welche zur Durchführung des Boykotts gegen die Schafabrik Strunz & Eyrich in öffentlicher Versammlung gewählt wurden, sind vom Schöffengericht wegen „groben Unfugs“ verurtheilt worden. Die Kommission giebt bekannt, daß sie das ihr übertragene Mandat nicht niederlegen, aber die öffentlichen Bekanntmachungen unterlassen werde, bis die Sache bei der obersten Gerichtsstanz erledigt ist. Der Boykott bleibt also nach wie vor bestehen.

**Ein städtischer Arbeitsnachweis** wird in Straßburg i. E. errichtet. Der Gemeinderath hat einen dahin gerichteten Beschluß gefaßt, nachdem eine Kommission das Projekt einstimmig befürwortet hatte. Auch in Frankfurt a. d. Oder wird ein solcher errichtet werden.

**Daß das Unternehmertum mit der Justiziation oder richtiger mit der Zusammenlegung der Gewerbegerichte nicht einverstanden ist,** und schon verschiedentlich seinem Unwillen Luft gemacht hat, dürfte ja bekannt sein. Man hat häufig genug behauptet, es so darzustellen, als ob die Urtheile der Gewerbegerichte deshalb, weil außer Arbeitgebern auch Arbeitnehmer als Beisitzer resp. Richter fungiren, gegen die armen Unternehmer parteiisch gefaßt würden. Um nun den Werth der Gewerbegerichte herabzusetzen und zu vermindern, daß die von ihnen gefällten Urtheile bei Objection von unter M. 100 rechtskräftig sein sollen, ist für die Berufung beim Landgericht auch bei Objection von unter M. 100 ogitirt worden, und zwar nicht erst in der pöbelhaftesten Weise. Daß solche Bestimmungen, wie angeführt, und die sich auf diese stützenden Agitationen

ganz ungerechtfertigt sind, geht aus einem Berichte des Bezugsenden vom Mainzer Gewerbegericht, Herrn Rechnungsrath Amend, hervor, darin heißt es:

„Auch in dem abgelaufenen Geschäftsjahre wurde die Vermittelung des Gewerbegerichts in erhöhtem Maße in Anspruch genommen, so daß 99 Sitzungen nöthig waren, um 486 anhängig gemachte Klagen zur Entscheidung zu bringen. Trotz dieser gesteigerten Zahl der Streitfälle, 16 mehr als im Vorjahre, konnte dennoch der weitaus größte Theil derselben im Vorverfahren auf gütliche Weise erledigt werden, so daß nur in 169 Fällen eine Mitwirkung der Beisitzer notwendig wurde und die Zahl der ergangenen Urtheile sich auf 96 gegen 120 im Vorjahre herabgemindert hat. Ueberdies sind 47 Streitfälle ohne Klageerhebung von der Gerichtsschreiberei kurzer Hand zur Erledigung gebracht worden. Die rasche und wenig kostspielige Art, in welcher die sich ergebenden Meinungsverschiedenheiten zum Austrag kommen, die den Parteien gegebene Gelegenheit, ihre Interessen selbst wahrzunehmen und zu vertreten, findet offenbar immer mehr Anklang in den be-theiligten Kreisen, ganz im Gegensatz zu den Angriffen, welche neuerdings von dem Zentralausschuß kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine zu Berlin, sowie von dem Verein der Arbeitgeber-Beisitzer des Gewerbegerichts Berlin gegen die Gewerbegerichte erhoben worden sind. Seitens dieser wird bekanntlich die Einföhrung der Berufung gegen alle Urtheile der Gewerbegerichte erstrebt, während dieselbe heute auf diejenigen Rechtsstreitigkeiten beschränkt ist, bei welchen der Werth des Streitgegenstandes den Betrag von M. 100 übersteigt und des Weiteren gefordert, daß die vorläufige Vollstreckbarkeit des Urtheils von vorgängiger Sicherheitsleistung abhängig zu machen sei. Angesichts dieser zu Tage tretenden Bestrebungen dürfte es sich indes nicht als unangebracht erweisen, hier wenigstens festzustellen, daß bei dem Gewerbegericht Mainz seit dessen vierjährigem Bestande im Ganzen 16 berufungsfähige Urtheile ergangen sind und deren vier mit Berufung angefochten worden sind. In der Berufungsinstanz haben in zwei Fällen die Erkenntnisse des Gewerbegerichts vollinhaltlich Bestätigung gefunden, während in den beiden übrigen Fällen die von Arbeitgebern eingelegte Berufung wieder zurückgenommen wurde. Jedenfalls darf gesagt werden, daß es nicht unbedenklich erscheint, wenn auf Grund ganz allgemeiner, unermessener Behauptungen eine Einrichtung, deren wohlthätige Wirkung trotz ihres kurzen Bestandes vielfach Anerkennung gefunden hat, zum Gegenstand so schwerer Angriffe gemacht und dadurch ein durch nichts gerechtfertigtes Mißtrauen in die be-theiligten Kreise getragen wird.“

Im Weiteren hofft der Bericht, daß der Ausschuß des Verbandes deutscher Gewerbegerichte die Angelegenheit der ihr gebührenden Würdigung ohne Zweifel unterziehen werde.

**Wie die Gesetze geachtet werden,** geht aus einer Zuschrift an den „Vorwärts“ aus Bergarbeiterkreisen hervor. Darnach wird, um sieben Nachmittags die Woche machen zu können, Sonntags Nachmittags um 4 und 5, spätestens um 6 Uhr begonnen und so Nacht für Nacht bis zum nächsten Sonntag Morgen 6, 7 und 8, ja es soll auch schon 9 Uhr gewesen sein, gearbeitet. Darnach verbleibt den Arbeitern kein freier Sonntag, außer den drei hohen Festtagen. Von dem am 1. April in Kraft getretenen Sonntagsruhegesetz merken die Bergarbeiter nichts; es wird nach wie vor geschuftet. Wozu sind aber Gesetze da; etwa deshalb, damit sie nicht gehalten werden sollen? Nach § 105 b der Gewerbeordnung hat die Arbeit an Sonn- und Festtagen im Betriebe von Bergwerken, Solinen u. 24 Stunden, an zwei aufeinanderfolgenden Festtagen 36 Stunden zu ruhen. Es wäre Pflicht der Gewerbeinspektoren und der Polizeibehörden, darauf zu achten, daß die gesetzlichen Bestimmungen innegehalten werden.

**Die Einführung weiblicher Fabrikinspektorate** ist von der hessischen Regierung abgelehnt worden. Sie erklärte, daß nach der Zahl der Betriebe, wo ausschließlich Arbeiterinnen beschäftigt werden, kein Raum für Anstellung eines weiblichen Fabrikinspektors im Großherzogthum vorhanden sei. Dabei sind nach ihrer eigenen Angabe in 352 Betrieben nicht weniger als 7011 Arbeiterinnen beschäftigt. Der Bezirk eines weiblichen Fabrikinspektors wäre auf das ganze Land zu erstrecken, ohne daß eine merkliche Entlastung der männlichen Fabrikinspektoren in ihren dienstlichen Funktionen hierdurch erreicht würde. Aus diesen und anderen Gründen wollen Regierung und berichternder Ausschuß der Eingabe des Bundes deutscher Frauenvereine keine Folge geben.

Würde es sich um eine Einrichtung handeln, die von Fabrikanten oder Großgrundbesitzern gefordert würde, ja Dener, das ist etwas ganz Anderes, aber zum Schutze der Arbeiterinnen?

**Ein evangelisch-sozialer Kongreß** fand am 4. Juni in Erfurt statt. Daß es auf demselben zwischen den dort vertretenen beiden Richtungen zu scharfen Auseinandersetzungen kam, nimmt nicht Wunder. Wo es Leute, die mit dem Sozialismus liebäugeln, wie der Pfarrer Raumann, wagen — wenn auch eine Anerkennung desselben ausgesprochen ist — dem Orthodoxyen, wie Sieder, Wagner und Anderen, gegenüber dem Sozialismus nicht jede Verächtung abzusprechen, da hört die Freundschaft auf, selbst unter den Predigern der Christenliebe. Daß der Kampf gegen die Irrlehren der Sozialdemokratie einen Haupttheil des Kongresses bildete, ist bei den Feinden der Sozialdemokratie selbstverständlich. Trotz des Protestes Raumann's wurde bei der Abstimmung nach Verbänden einstimmig — mit 31 Stimmen — beschlossen, den Satz im Statut: „Kampf gegen die Irrlehren der Sozialdemokratie“ stehen zu lassen und gemäß einem Antrag Walther hinzuzufügen: „ebenso gegen alle arbeitserfindlichen Bestrebungen“.

Selbstverständlich betrachten die christlichen Arbeitervereine die modernen Gewerkschaften und die Sozialdemokratie als Arbeiterfeinde, weil sie bekrebt sind, die Anhänger der christlichen Vereine aus ihrer kirchlichen Nähe, in welche sie von den frommen Pfarrern jedes Kalibers eingeklätt sind, aufzutreiben. Daß die Mitglieder, soweit sie Arbeiter sind, wohl kaum wegen werden, eine ihnen ausdämmernde gegenseitige Meinung zu ändern, das beweisen die vielen Träger großer Namen, die sich das Wort führen und sich höflich jede Widerrede verweigern würden.

Recht sehr interessant war auch, daß der folgende Antrag einfiel, der viele Freunde fand und bei der nächsten Zusammenkunft auch wieder beraten werden soll.

Der Gesamtverband rüth den evangelischen Arbeitern zu benutzenden Orten, wo Hirsch-Dandische Gewerbetriebe bestehen, an, sich mit denselben in Kontakt des ge-

meinsten Standpunktes gegenüber der Sozialdemokratie in ein freundschaftliches Vernehmen zu setzen, bei den Gewergerichtswahlen gemeinsame Kandidaten aufzustellen und, wo nicht eigene Fraktionen vertreten sind, zur Gründung von Frisch-Dunder'schen Gewerksvereinen hilsreiche Hand zu bieten.

Das ist ein noch größerer „Erfolg“ für den Herrn Dr. Max Hirsch, als er ihn sich auf dem letzten Miniaturkongress der Gewerksvereine in Danzig erträumt hat. Wir gönnen ihm denselben, er hat es redlich verdient, mit Dunder jeden Centes, selbst warmen Fürsprechern eines „König“ Stumm, wie es der Pastor Venke aus Saarbrücken ist, in einen Kopf geworfen zu werden. Dieser „Ehrung“ sind die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine würdig.

Die Verhandlungen über moderne Naturwissenschaft und soziale Bewegung brachten den selbstverständlichen Gegensatz des Kongresses gegen die materialistische Richtung zum Ausdruck, ohne sonst viel Neues zu bieten. Interessant war dabei nur der Bericht des Professors v. Schulze-Gävernitz, die Sozialdemokratie als im Gegensatz zur modernen Naturwissenschaft stehend nachzuweisen; ein Bericht, der freilich so wenig Erfolg haben kann wie der bekannte deselben Anhängers der Brentano'schen Schule, das Reich des sozialen Friedens im heutigen England zu finden.

Ziel Hoffnung auf eine Bewegung nach links ist in den christlichen Arbeitervereinen nicht vorhanden. Die wenigen „Führer“, die der sozialpolitischen Seite der Arbeiterbewegung etwas Interesse entgegenbringen, werden mit ihrer Meinung nicht durchdringen, so lange die Doktrinaire das Feld behaupten. Die Erfahrung lehrt ja schon oft, daß solche Wähler durch „Abhängung“ unerschütterlich gemacht werden und ihres Haltens überhaupt nicht mehr ist, wenn sie dem Unternehmertum oder den Landwirten gegenüber offen Farbe bekennen. Das beweist deutlich genug eine Rede, die das bekannte Sprachrohr der westfälischen Schlotbarone, Julius Borsier, am 20. April v. J. gegen Kammann, Ratorp usw. gehalten hat.

„Begehrtestwerthe“ Löhne der Hausarbeiterinnen der Spitzenindustrie. Der „Bogländische Anzeiger“ berichtet in einer Mittheilung aus Posen:

Unsere Hausarbeiterinnen wird neuerdings viel Konkurrenz von auswärts bereitet. Eine Fabrik in Zwettau erbat sich, Roharbeiten für die hiesige Spitzenindustrie zu einem Preise zu vermitteln, daß man fast an der Ehrlichkeit des Angebots zweifeln könnte. Danach würde eine fleißige Arbeiterin täglich kaum mehr als 50 A verdienen können.

Nach der Artig will es fast scheinen, als ob die Löhne in gesammter Industrie im Allgemeinen höhere wären, und sind aber Fälle bekannt, wo noch viel weniger als 50 A verdient werden. Das sind die „begehrtestwerthen“ Löhne, um die nach dem „Konfessionär“ fabrik Beamte und Kaufleute die Arbeiter und Arbeiterinnen beneiden!

„Die Maschineninstrumenten-Industrie in Sachsen“, so lautet das Thema, über welches der Gewisse Goldstein in Unterjeschberg referirte. Dem interessanten Vortrag entnehmen wir Folgendes:

Die deutsche Schmalzpolitik hat zu Kampfen in den bisherigen Exportländern geführt, so namentlich in den Vereinigten Staaten. In den letzteren hat sich eine eigene Instrumentenfabrikation entwickelt, so daß man heute von Deutschland nur schlechtere, billige Instrumente und Instrumententheile, so z. B. Säbelschneidwerke und dergleichen verlangt, an denen nichts verdient wird. Nur in ganz guten Artikeln haben einige Firmen gewisse Abzug. Die Konkurrenz tritt hinzu. In Ungarn hat sich ebenfalls die Thüringer Saare, in Böhmen die Maschinen-Industrie. Ein Bericht der Planungs-Kommissionen konstatierte vor einigen Jahren, daß deutsche Maschinenwerke ihren Bedarf an Maschineninstrumenten in Böhmen decken, wodurch große Rückschläge für die Thüringer und Westfälischen Maschineninstrumenten-Industrie entstanden. Die hiesige Konkurrenz in Oden wie Götting, Fleißing, Schönbach u. a. ist überhand zu nehmen, so daß die Thüringer Instrumentenwerke, wie auch der Arbeiter in dieser Branche, weil der hiesige „Kollege“ bedürftiger ist, billiger leben müssen als der hiesige Arbeiter hat, keine Steuern zu bezahlen kann und billiger Wohnungsverhältnisse hat. Mandolinen, Geigen fertigt selbständig auch seit Jahren die spanische Handwerksindustrie, der das billige Rohmaterial dabei wesentlich zu Gute kommt. Seit der Vereinigung der beiden einseitig hiesige Instrumentenindustrie durch die Konkurrenz im Bezirk selbst namentlich durch die Händler, die unter Umgehung der Zolllinien sich durch an die Handwerksbetriebe der Branche gewendet haben, die Herstellung der Handwerksbetriebe treibend, nicht mehr zu leisten und die Löhne der selbständigen kleinen Handwerker auf's Echofeste drücken. Dafür einige Beispiele. Mandolinenmacher Piccolini bezahlte eine Hand für A 36 das Duzend, für A 24 dagegen die — Handwerker. In vielen Fällen ist der Händler billiger als der Fabrikant, so namentlich auch in Mandolinen. Der Händler kauft mehr noch als der Fabrikant die billigeren Arbeitskräfte auf dem Lande. Die Löhne sind allgemein rückwärts, obwohl sie im geschlossenen Bereiche noch höher sind, als in der Handindustrie. Die Preise der Instrumente sind sehr niedrig. Man orientire sich aus folgenden Zahlen: Mandolinen werden das Stück für — A 27 bezahlt, das Duzend Mandolinen für A 16 (dabei ein Arbeiterwochenlohn von höchstens A 4—5), verfertigt namentlich in Jöhren, kommen in Mandolinen Löhne von A 12—16 vor, die Handwerker leidet in diesem Artikel nur Löhne von A 6—8. Geiger-Fabrikant fertigt namentlich in Mandolinen (Produktionsorte: Brandeburg, Unterjeschberg, Jüterbo, Göttingen). Im Jahre 1892 gab es für die Commission von Duzend A 180, für sogenannte Thüringer-Gewandstücke für das ganze Duzend selbständig (46) Mandolinen. Eine einzige Fabrik in Brandeburg liefert pro Woche 10 000 Duzend dieser Mandolinen, ein Beweis dafür, wie groß die Produktion in diesem Artikel ist. Gewisse Fabrikanten zahlen aber noch nicht die höchsten Löhne. Von Beweis, daß die sogenannten „Stimmen“, welche die Mandolinenwerke abgeben, als Lohn erhalten, diese Zahlen sind: Für die Mandolinen von 400 Stimmen geht es in einer Fabrik ganze A 1,50. Die gemeinsamen Preise, welche die selbständigen kleinen Instrumentenmacher seitens der Händler angeboten erhalten, hat eine Reihe derselben zur direkten Befriedigung des Mandolinenwerkes verlangt. Die Handwerker-Unionen sind darüber unzufrieden. In Mandolinen wurden im Jahre 1895 22 524 Paare aufgegeben, im Jahre 1892 dagegen 112 665, im August im Jahre 1895 20 772, im Jahre 1892 40 773, also hat

eine Verdoppelung derselben stattgefunden. Viel Erfolg ist den direkt exportirenden Selbstproduzenten leider nicht beschieden gewesen, hohe Frachtpreise und namentlich mangelnde Holzlagerung infolge Geldmangels führten u. A. Viele wieder zur abhängigen Stellung von Fabrikanten und Händlern zurück. Da die Armuth die kleinen Händler verhindert, Holz auf Lager zu haben, so wird das Holz frisch verarbeitet, was den Instrumenten nicht dienlich ist. So gäbe es für die blutarme Musikinstrumenten-Industrie des Bogtlandes unter der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise nur wenig Aussicht auf Besserung.

Die deutschen Künstler athmen auf, denn zwei Reichsbeamte werden nach Oesterreich gehen, um dort den „goldenen Boden des Handwerks“ zu suchen, den es dort infolge der Zwangsimmungen und Befähigungsnachweise angeblich haben soll. Wir sind nicht so optimistisch, zu glauben, daß das von den Beamten gesammelte Material dazu geeignet sein wird, den Künstlern hier zu Lande zur Erfüllung ihres Herzenswunsches zu verhelfen. Doch möge dem sein wie ihm wolle, der Groll den die Bezopften gegen von Voeltcher und von Berlesch hegten, wird nun wohl verschwunden sein, sie sehen den guten Willen der beiden Herren, aber — sie werden weiter wünschen und — warten.

Da kann die Polizei in Sachsen und Bayern noch etwas lernen! Der Metallarbeiterverband in Prag veranstaltete zur Kaiserfeier zwei Versammlungen. Da die Mitglieder nun nach Reinigung der Polizeibehörde doch nicht beide Versammlungen zugleich besuchen könnten, da sie zu gleicher Stunde stattfinden sollten, wozu jedes Mitglied das Recht habe, so verbot sie einfach beide Versammlungen aus dem Grunde, damit die Rechte der Mitglieder nicht geschmälert würden. Man darf nengierig sein, wie lange die Kopie vom Original auf sich warten lassen wird.

Auf dem vierten österreichisch-ungarischen Tischlerkongress, der am 2. und 3. Juni in Wien stattfand, waren 18 Orte durch 39 Delegirte vertreten. Auch Vertreter der sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaftskommission und des Holzarbeiterverbandes waren erschienen. Die Berichte der einzelnen Delegirten boten ein überaus trauriges Bild: niedrige Löhne, lange Arbeitszeit und Unterdrückung jeder Forderung, welche auf Abänderung dieser Zustände abzielt. Bezüglich des Tischlerstreiks in Troppau werden die Delegirten verpflichtet, sofort nach Heimkehr zu veranlassen, daß eine ausreichende materielle Unterstützung nach Maßgabe der Verhältnisse zugewendet werde. Tief traurig sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kollegen in Ungarn. Nach einer Statistik aus 25 Orten sind 9026 Tischlergehilfen bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 11 Stunden und bei einem Durchschnittslohn von 1 fl. 8 kr. täglich beschäftigt. Zur Stellungnahme zum Holzarbeiterverbande und zur Gewerkschaftskommission wurde folgende Resolution angenommen:

In Erwägung, daß in unserer Zeit der Zentralfaktion des Kapitals und der immer mehr sich vollziehenden Vereinigung der einzelnen Unternehmer zu großen Aktiengesellschaften die Kämpfe einzelner Arbeiterklassen immer seltener den von den Arbeitern gewünschten Verlauf nehmen, in Erwägung, daß die Unternehmern ganzer Länder sich organisiren und gegen die Arbeiter koaliren; in Erwägung ferner, daß die Organisationen einzelner Branchen zu schwach sind gegen die finanziellen Mächte der Kapitalisten mit Erfolg zu kämpfen, beschließt der vierte Wiener österreichisch-ungarische Tischlerkongress, die Tischlergewerkschaften und Fachvereine Oesterreich-Ungarns anzufordern, sich dem Holzarbeiterverbande als auch der Gewerkschaftskommission anzuschließen, um durch die vereinte Kraft dasjenige auf wirtschaftlichem Gebiete zu erringen, was sie vereinzelt nicht erreichen können und ferner den Kollegen in allen jenen Orten, wo wegen der geringen Anzahl der Tischler eine Gewerkschaft nicht besteht, zu empfehlen, sich mit den im Orte anwesenden Holzarbeitern zu einer Holzarbeitergewerkschaft zu vereinigen.

Bezieht der drei bestehenden Fachblätter wird beschlossen, dieselben in Holzarbeiterorgane (welche in den Fachorganisationen obligatorisch einzuführen sind) umzuwandeln. In Streiks und Boykotts“ gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Im Namen des ungarischen Arbeiter-Comités unterbreiten die Delegirten Ungarns, mit Rücksicht auf die beim letzten Tischlerkongress in Budapest gemachten Erfahrungen, zu Punkt 4 der Tagesordnung nachstehende Resolution: Der IV. österreichisch-ungarische Tischlerkongress wolle, nachdem wir uns mit der Anwendung des Boykotts einverstanden erklären, beschließen, daß ein Generalstreik der Tischlerarbeiter Oesterreich-Ungarns zum Zwecke der Verkürzung der Arbeitszeit organisiert und die diesbezüglichen Vorarbeiten sofort in Angriff genommen werden sollen. Als Mittel hierzu empfehlen wir die Gründung und Förderung von Dispositions- oder Widerstandsvereinen.“

Die „Wiener Tischler-Zeitung“ bemerkt am Schlusse ihres Berichtes:

„Der Verlauf dieser zwei Tage dauernden Debatten hat gezeigt, daß die Arbeiterklasse hoch erhaben über den sich in Anarchismus und Nationalitätstheorien zerfallenden bürgerlichen Klumpen steht. Stügen auch in Bezug auf die Taktik hier und da die Meinungen auseinander, im gemeinschaftlichen Ziele trafen sie sich jedoch wieder und so wollen wir erwarten, daß die Fachorganisationen despolnische zu erreichendes Ziel gesetzt hat. Und nun, Genossen, an die Arbeit!“

Auch bei uns zu Lande kommt so etwas vor. Das die „Echtheit“ ein Begriff ist, den viele Leute nicht kennen, beweisen die alljährlichen Gerichtsverhandlungen. Daß es sich in den meisten Fällen nur um kleine Diebe handelt — denn die großen läßt man bekanntlich laufen —, ist ja bekannt. Nicht so wird man mit den Epigonen und Betrügnern, genannt „Wiener Tischlermeister“, verfahren, welche die Unzufriedenheitsbewegung mit ganz lebendige Stimmen bewogen haben.

Es wundert sich nach der „Tischler-Zeitung“ 7 „ehrbare“ Handwerksmeister auf, die der genannten Anzahl 7 243 517,09 an Lohn und 7 3127,62 unterzählen haben. 24 Tischlermeister haben im Ganzen der Arbeiter-Unzufriedenheitsbewegung den Betrag von 7 151 566,97 an Lohn und 7 15 865 — an Beiträgen — hinterzogen. Also mehr als eine Million Gulden Lohnrückstellungen und mehr denn 15 Tausend Gulden an Beitragsunterzahlungen haben diese 24 Wiener Epigonen auf ihrem schmutzigen Gewissen.

Die Maschine macht nicht allein nur immer mehr menschliche, sondern überhaupt männliche gelehrte Arbeitskraft überflüssig. In Wien sind nämlich zwei Thorne-Segmaschinen in Betrieb gesetzt, die von Mädchen bedient werden. Wenngleich sich die Buchdrucker alle Mühe gaben, die Anstellung von gelehrten Segern zu erwirken, so scheiterte das Begehren an der Starrköpfigkeit des Präsidenten des schweizerischen Prinzipalvereins. Ob das Germebegehrte, an das sich die Schriftsetzer gewandt haben, allen Wünschen entsprechen oder den Präsidenten wird umstimmen können, bleibt abzuwarten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Am 7. und 8. Juni sind die Protokolle vom ersten Verbandstag in Erfurt verendet worden. Der Verkaufspreis beträgt 10 A pro Exemplar und sind die Zahlstellen erlucht, den Betrag für die bestellten Exemplare mit der nächsten Quartalsabrechnung an die Hauptkasse einzusenden. Unverkaufte Exemplare können nicht zurückgenommen werden, sondern es ist jede Zahlstelle für die bestellte Anzahl haftbar.

Wir bitten diejenigen Zahlstellen, welche bisher noch keine Bestellung gemacht haben, dies nunmehr umgehend zu thun. Ebenso müssen etwaige Nachbestellungen in den nächsten Tagen erfolgen und werden, soweit der Vorrath reicht, sofort erledigt werden. Damit die Beschlüsse des Verbandstages unter den Mitgliedern allgemein bekannt werden, ersuchen wir um weitestehende Verbreitung des Protokolls.

Zugleich sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß das neue Statut am 1. Juli d. J. in Kraft tritt.

Der Vorstand.

Verbands-Nachrichten.

Stuttgart, 8. Juni 1895.

Unter vorstehendem Titel wird der Verbandsvorstand fortan regelmäßige Berichte veröffentlichen über besondere, innerhalb des Verbandes sich ereignende wichtige Vorkommnisse, soweit dies nach Lage der Sache notwendig erscheint. In erster Linie trifft dies die Berichterstattung über die Streiks, und zwar auf Grund der offiziellen Wochenberichte, welche dem Vorstand aus den Streikorten regelmäßig zugehen. Die Berichte des Vorstandes werden sich jedoch selbstverständlich auf das Wesentlichste beschränken und keineswegs die direkte Berichterstattung der Streikenden an die Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“ überflüssig machen. Sie sollen nur dazu dienen, den Mitgliedern und der Öffentlichkeit überhaupt pünktlich und regelmäßig genaue Kenntnis von dem tatsächlichen Stand der Streiks zu geben, besonders in den Fällen, wo die öffentliche Berichterstattung der Streikenden selbst eine ungenügende ist. Nachdem der Verbandstag zu Erfurt den Antrag des Vorstandes, Verbandsvorstand und Redaktion an einen Ort zu verlegen (es sei hier auf die Begründung dieses Antrages in Nr. 14 d. Bl.) hingewiesen, abgelehnt hat, hofft der Vorstand in Zukunft durch die Veröffentlichung der „Verbands-Nachrichten“ die lange empfundene Lücke auszufüllen. Die „Nachrichten“ werden außerdem noch umfassen: Mittheilung besonders wichtiger Beschlüsse des Vorstandes, allgemein wichtige Frageantwortungen, Information über Gesetzesvorschriften, Rechtschulfragen und wichtige Gerichts-urtheile, sowie sonstige Vorkommnisse im Verband.

Der Vorstand hofft, mit diesem Beschlusse einem Bedürfnis der großen Mehrheit der Mitglieder zu entsprechen und giebt sich deshalb der Zuversicht hin, daß die „Verbands-Nachrichten“ fortdauernd die gebührende Beachtung finden werden.

Der Streik der Knopfarbeiter in Schwölla ist bisher siegreich verlaufen. Wenn die Streikleitung in den letzten Wochen in der „Holzarbeiter-Zeitung“ keinen Bericht gegeben hat, so aus dem Grunde, weil ein endgültiges Resultat leider noch nicht zu berichten ist. Wohl kann der Streik an sich als beendet — und zwar siegreich beendet — betrachtet werden. Mit Ausnahme der Firma Leopold & Co haben sämtliche Fabrikanten den „Einheitsstrik“, dessen die absichtliche Einführung die Ursache der allgemeinen Arbeits-einstellung war, nunmehr als Minimaltarif akzeptirt und die Aufbesserung verschiedener Positionen gewährt, jedoch die Streikenden in der zweiten und dritten Rawoche die Arbeit wieder aufnehmen konnten. Nur die Firma Leopold & Co. hat sich bisher noch ablehnend verhalten. In dieser Fabrik arbeiteten vor Ausbruch des Streiks circa 70 Personen. Außerdem haben auch in den anderen Fabriken einige sogenannte Nacharbeiter nicht sofort wieder beschäftigt werden können, weil deren Arbeit erst wieder vorgearbeitet werden muß. Aus diesen Gründen mußten in der letzten Woche noch 92 Ausständige mit zusammen 123 Kindern unterstützt werden.

Hieraus mögen die Kollegen ersehen, daß die Sammlungen für den Streikfonds vorerst noch nicht eingestellt werden dürfen. Bisher mußten zur Unterstützung der Streikenden in Schwölla A 67 000 angewendet werden, und für die nächsten Wochen gilt es noch je an Tausend Mark anzubringen. Deshalb Kollegen, appelliren wir nochmals eindringlich an Eure Opferwilligkeit! Es ist Eure Aufgabe, zunächst den Sieg in Schwölla vollständig zu machen, ferner muß aber auch zugleich der Streikfonds wieder ausgerüstet werden für kommende Kämpfe. Also an's Werk und sammelt für den Streikfond!

Zur Agitation für den Verband. Der Verbandstag zu Erfurt hat bekanntlich auch über die Agitationskommissionen verhandelt und dieselben als eine nützliche Einrichtung für den Verband anerkannt. Diefelbe Stellung hat der Verbandsvorstand seit Entschien der Kommissionen eingenommen und auch bereits wiederholt ihre Thätigkeit in Anspruch genommen, wie auch mehrere Agitationskommissionen schon finanzielle Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten haben. Der Vorstand will nun auch in Zukunft diese Beziehungen zu den bestehenden Kommissionen nicht nur aufrecht erhalten, sondern nach Möglichkeit weiter ausbauen, weshalb er sich kürzlich mit einem Rundschreiben an dieselben gewandt und das Ersuchen an alle Comités gerichtet hat, sich in den nächsten Wochen und Monaten mit aller Kraft der agitatorischen Thätigkeit zu widmen. In allen Fällen, wo die Mittel der Kommissionen aus den Beiträgen der Zahlstellen und sonstigen freiwilligen Beitragsleistungen nicht ausreichten, erklärt der

Vorstand sich bereit, Zuschüsse zu leisten, unter der Bedingung, daß ihm in jedem einzelnen Falle rechtzeitig vorher der in Aussicht genommene Agitationsplan unter Angabe der Städte, in denen Versammlungen stattfinden sollen, und des Datums derselben z. eingereicht wird, um dadurch die Möglichkeit zu erlangen, etwaige besondere Wünsche mit berücksichtigen zu können. Im Ferneren hat der Vorstand empfohlen, bei dem Arrangement von Versammlungen von größeren, zusammenhängenden Reisetouren so viel wie möglich Abstand zu nehmen, dagegen die Referenten möglichst einer naheliegenden Zahlstelle zu entnehmen und in der Regel nur den Sonnabend, Sonntag und Montag für Versammlungen zu benutzen, und zwar aus dem Grunde, weil die übrigen Wochentage fast allerorts nur einen schwachen Besuch der Versammlungen erwarten lassen. Weil nun in dieser Weise der größere Theil der Agitation den Agitationskommissionen übertragen wird, hat der Vorstand es diesen zur Pflicht gemacht, über ihre Einnahmen und Ausgaben regelmäßig am Jahreschluß Abrechnung zu liefern. Diese Abrechnung ist hauptsächlich aus dem Grunde notwendig, weil der Vorstand in der Lage sein muß, jeweils am Jahreschluß genau festzustellen, welche Gesamtsumme innerhalb des Verbandes für Agitationszwecke aufgewendet worden ist, um dieselbe in der jedesmaligen Jahresstatistik in voller Höhe berechnen zu können. Zugleich sind die Kommissionen auch ersucht, den Abrechnungen einen gedrängten Gesamtbericht über ihre Thätigkeit beizufügen, welcher dem Vorstand dazu dienen soll, eine Uebersicht über den Umfang und Erfolg der Agitation in ganz Deutschland zu gewinnen.

Von den meisten Agitationskommissionen ist die Abrechnung und der Thätigkeitsbericht pro 1894 bereits eingelangt und auch sonst die Zustimmung zu den Anträgen des Vorstandes erklärt worden. Es wird nun an den Zahlstellen und allen Verbandsmitgliedern liegen, alle Maßnahmen auf dem Gebiete der Agitation mit ganzer Kraft zu unterstützen, um gute Erfolge erringen zu helfen. Bemerkenswert sei zum Schluß noch, daß ein vom Vorstand herausgegebenes Flugblatt in den nächsten Tagen zur allgemeinen Verbreitung kommen soll.

Zur Aufnahme in unsern Verband sind nur die in der Holzindustrie und dieser verwandten Industrien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zugelassen. Sehr häufig wird beim Vorstand angefragt, ob auch Maler, Maurer, Schuhmacher, Weber zc. aufgenommen werden können, welche Fragen stets verneint werden müssen. Man möge diese Arbeiter anderer Berufe stets an deren eigene Berufsorganisation verweisen. Wollte der Vorstand anders entscheiden, so würde das, namentlich bei Streiks zc., zu eigenartigen Konsequenzen führen. Diese müssen durch die Weitrückverweigerung von vornherein vermieden werden.

**Bekanntmachung des Ausschusses.**

Die Zahlstelle Prenzlan schloß das Mitglied Albert Bauer, Buch Nr. 27 523, wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern aus dem Verbandsaus.

Aus gleichem Grunde schloß die Zahlstelle Lübeck das Mitglied B. Sandtke, Tischler aus Tramm, aus dem Verbandsaus.

Der Ausschuss.

**Bekanntmachung der Preßkommission.**

In der am 28. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung der Zahlstelle Hamburg wurde die Wahl der Preßkommission vollzogen. Gewählt wurden die Mitglieder: Martensen, Jacobs, Lüth, Frenzel und Bluff.

Bei der Konstituierung der Kommission wurde der Kollege Jacobs zum Vorsitzenden ernannt. Demnach sind alle Beschwerden bezüglich der Redaktion und Expedition an den Kollegen E. Jacobs, Hamburg, Eimsbüttel, Bismarckstraße 10, zu richten. Die Preßkommission.

**Korrespondenzen.**

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

**Frankfurt a. M.** Wenn unter den Korrespondenzen der Name unserer Zahlstelle seltener zu finden ist, so hat dies seinen Grund darin, daß wir die auswärtigen Kollegen nicht mit allgemeinen Klagezetteln belästigen wollen, obgleich wir ebenfalls Ursache hierzu hätten. Die vor einigen Wochen erschienenen statistischen Erhebungen zeigen ja zahlmäßig die tiefsten Verhältnisse, und sollte Manchem der Durchschnitts-Stundenlohn im Verhältnis zu den anderen Zahlstellen hoch erscheinen, so werden alle diejenigen, welche das Vergnügen hatten, Frankfurter Pfaffen treten zu dürfen, die Kostspieligkeit des letzteren empfunden haben. Wir wollen heute nur auf den Stand und die Thätigkeit unserer Zahlstelle mit kurzen Worten hinweisen. In der Mitgliederzahl, welche rund 280 beträgt, nahmen die Schreiner mit 200 die erste Stelle ein, welchen die Glaser mit 44 und die Tapezierer mit zwölf folgen; die übrigen Gewerbe sind nur mit ein, zwei und drei vertreten. Mitgliederversammlungen wurden in diesem Jahre bereits 13 mit sieben Vorträgen gehalten, an Streitzgeldern M. 180 aufgebracht. Sowie voriges Jahr wird auch in diesem Jahre ein größeres Sommerfest veranstaltet werden, ebenso ist für den 14. Juli ein Ausflug nach Heidelberg geplant. Mit Abbruch unserer Lokalliste stellt sich fast immer eine Mehrausgabe heraus, weshalb die letzte Generalversammlung beschloß, die an nicht bezugsberechtigten reisende Mitglieder geleistete Lokalaufunterstützung abzuschaffen und für die örtliche Agitation zu verwenden. Durch die Eingemeindung der Stadt Hochheim in den Stadtbezirk Frankfurt ist auch in diesen beiden Zahlstellen die Frage, ob es unter den gegenwärtigen Verhältnissen angebracht sei, eine Verschmelzung der Zahlstellen Hochheim und Frankfurt herbeizuführen. Gegenstand der Beratung gewesen. Nach eingehender Erwägung wurde jedoch von einer Vereinigung vorläufig noch Abstand genommen, weil wir einseitig mit der Entfernung beider Orte und zweitens mit der Lokalliste zu rechnen haben, weshalb ein besonderer Erfolg für den Verband nicht zu erwarten war. Betrachten wir uns zum Schluß noch einmal die statistischen Erhebungen, so finden wir in der Statistik, daß beinahe die Hälfte der Holzarbeiter von der Schwindsucht weggerafft wird. Wir glauben deshalb den arbeitsfähigen Kollegen einen Dienst zu erweisen, wenn wir einen Vortrag wiedergeben, wie er von einem Naturarzt in einer unserer letzten Mitgliederversammlungen über Lungenschwindsucht, von Herrn Dr. Schreiber, gehalten wurde. Die Lungenschwindsucht ist die uns meisten verheerende Seuche unter den Menschen und kommt

im Gegensatz zu anderen ansteckenden Krankheiten zu allen Zeiten vor. Die Krankheit ist das Produkt verschiedener zur Befruchtung des Lungengewebes führender Prozesse. Die zur Schwindsucht besonders führende Krankheit ist die Tuberkulose, die bald als allgemeine miliäre Tuberkulose des Körpers, bald mehr als lokalisierte Lungentuberkulose auftritt. Besonders mannigfaltig sind auch die tuberkulösen Komplikationen (Verwickelung) in anderen Organen, wie des Kehlkopfs, des Brustfells, der äußeren Haut des Darmes, der Leber, der Hirnhäute u. A. m. Besonders wichtig sind die Beziehungen der Lungentuberkulose zur Strophulose. Mannigfaltig wie die anatomischen Veränderungen sind auch die äußeren Symptome. Als wichtige Krankheitszeichen sind Bluthusten, die Nachtschweiß, Diarrhoe, allgemeine Abmagerung u. A. m. Die Krankheit tritt oft unscheinbar auf und unterscheidet sich im Beginn kaum von einem gewöhnlichen Lufttröhrenkatarrh, die Tuberkulose beginnt häufig in den Spitzen. Ursachen sind mangelhafte Hautpflege, Ernährung durch verlässliches Fleisch, mangelhaft ausgeheilte akute Krankheiten, wie Keuchhusten, Lungenentzündung, Influenza, erbliche Disposition, Einwirkung ungelunder Luft und des Staubes, ferner die Impfung. Insbesondere kommt die Einathmung des Staubes in Betracht. Am schädlichsten ist der Staub in den Berufsklassen der Maurer, Steinmetze und Marmorarbeiter. Unmittelbar hiernach kommt der Staub in der Holzindustrie. Je härter das Holz, um so größer ist die Schädlichkeit des Holzstaubes. Wie stark in den Holzarbeiterberufen die Lungenschwindsucht verbreitet ist, beweist eine Statistik der Tischlerkrankenkasse aus dem Jahre 1894. Unter 650 Sterbefällen ist von 320 als Todesursache Lungenschwindsucht angegeben. Die Erfahrung lehrt, daß sich die Lungenschwindsucht infolge des Staubes erst allmählich entwickelt. Kartarrhe der Schleimhäute, der Athmungsorgane, besonders Nachen, Kehlkopf- und Lufttröhrenkatarrhe, durch den Staub veranlaßt, sind häufig die Vorboten der Lungenschwindsucht. Bei Betrieben, wie denjenigen der Holzarbeiter, muß der Verhütung besondere Sorgfalt zugewandt werden. Es kommt erstens in Betracht die Regelung der Arbeitszeit, zweitens hygienische Einrichtung der Werkstätten. Vor Allem darf man katarrhalische Reizzustände der Schleimhäute nicht leicht nehmen und empfehlen sich hierbei Dampfbäder und Kopfdämpfe. Die bakteriologische Richtung des Professor Koch hat zu verschiedenen falschen Schlussfolgerungen geführt. Professor Koch machte den großen Fehler, daß er alle Schuld einzig und allein nur den Bazillen zuschrieb, hingegen diejenigen sozialhygienischen Faktoren übersehen, welche den Bazillen ihren Nährboden verschaffen. Dadurch richtete Professor Koch, der hervorragende Bakteriologe, als Hygieniker Unheil an. Die traurigen Resultate der Tuberkulin-Injektionen unrühmlichen Andenkens, verkehrte Abwehrungsmaßnahmen bei der Cholera, die in jeder Beziehung verfehlten Bestimmungen des seinerzeit beabsichtigten Reichs-Keuchentwurfes, übertriebene Anstreichsmaßregeln sind die Folgen der einseitigen bakteriologischen Richtung. Daß bei dem Heilserum die unheilvollen Resultate nicht so deutlich zu Tage treten wie bei dem Tuberkulin liegt an verschiedenen Ursachen. Erstens ist die Genesungsziffer der Diphtheritis an sich höher als bei der Tuberkulose, zweitens ist im Beginn der Krankheit die Diphtheritis schwach von einer einfachen Halsentzündung zu unterscheiden, drittens treten manche Nachkrankheiten nach der Serumbehandlung erst nach der Entlassung aus den Spitälern auf. Andererseits werden aber Heilmethoden wie die Naturheilkunde, welche bei den verschiedensten Seuchen, auch bei der Diphtheritis, im Kampfe um die Wohnhaftigkeit sich bewährt haben, von einem Theil der maßgebenden Presse einfach todtschwiegen, weil derselbe von der bakteriologischen Richtung vollständig beherrscht wird. Auch die Anwendung des Kreosot in der Schwindsuchtbehandlung ist eine Verirrung der bazillären Richtung. Die Bazillen in der Lunge will man hiermit tödten, in Wirklichkeit werden aber die Verdauungsorgane häufig damit angegriffen. Betreffs der Behandlung eignen sich die verschiedenen Faktoren des Naturheilverfahrens; das Wasser in seinen verschiedenen Anwendungsformen, so in Form von Kumpf- und Weinpacungen von 18-22° R., ferner Kneip'sche Güsse 18° R., zur Milderung des Fiebers kurze Wädel oder Halbhäder 24° R. In geeigneten Fällen sind Dampfbäder anzurathen, ferner Kopfdämpfe, Lungengymnastik. Außerdem ist Luftveränderung ebenfalls anzurathen. Die Behandlung muß durchaus individuell (d. h. nicht mit mehreren Kranken zusammen) sein. Die Naturheilkunde wird häufig in letzter Instanz zu Rathe gezogen und ist zum Theil selbst dann noch erfolgreich. Ganz anders würden aber die Erfolge sein, wenn dies schon in erster Instanz geschehe. Die Lungenschwindsucht würde alsdann ihren Schrecken mehr und mehr verlieren.

**Kempten.** In der am 26. Mai hier selbst stattgefundenen öffentlichen Holzarbeiterversammlung, welche auf Veranlassung des bayerischen Agitationscomités abgehalten wurde, referirte Genosse Weismann aus Nürnberg über Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation. Der Referent schilderte in eingehender Weise unsere wirtschaftlichen Verhältnisse. Am Schluß des interessanten Vortrages forderte der Referent die uns noch fernstehenden Kollegen auf, sich unserer Organisation anzuschließen, indem es Pflicht eines Jeden sei, ein besseres Loos zu erkämpfen. Der Redner schloß unter hübschem Veilnis mit den Worten: Proletariat aller Länder, vereinigt Euch. Eine Resolution, laut welcher sich die Mitglieder mit dem Ausschuss des Referenten einverstanden erklärten und sich verpflichteten, mit allen Kräften für die Stärkung des Verbandes beizutragen, da nur durch einig's Streben das Ziel erreicht werden könne, wurde angenommen.

**Mün a. D.** Am 26. Mai wurde hier in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung ein 11/2stündiger belehrender Vortrag über die Lage der Holzarbeiter und den Werth der Organisation gehalten. Sehr interessant gestaltete sich die Diskussion, bei der sich Herr Falscher, Anhänger der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine, als Gegner zum Wort meldete. Seine geradezu hochsprühenden Anschuldigungen wurden vom Referenten, sowie noch mehreren Genossen, in scharfer, mit herbem Humor gewürzter Weise demütig widerlegt, daß Herr Falscher erklärte, sich nicht mehr weiterzulegen zu können, wolle uns aber in nächster Zeit zu einer Versammlung einladen, wo er dann Rede und Antwort stehen will. Nachdem der Vorsitzende noch an die Anwesenden appellirte, sich dem Holzarbeiterverbande anzuschließen und nach Kräften für denselben zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

**Konstanz.** Der Streit der Schreiner dauert ununterbrochen fort. Die heutigen Meister ergreifen alle Maßregeln, um Schreiner zu locken, welche jedoch an der Solidarität der auswandernden Kollegen scheitern. Am Sonnabend, den 8. Juni, hatten wir eine öffentliche Versammlung ab, wobei die Resolution einstimmig

angenommen wurde, den Streit weiter zu führen und ihn von Seiten der Kollegen und Genossen mit allen Kräften zu unterstützen. Die hiesigen Meister sind so gedrängt, so daß wir in kurzer Zeit den Sieg erringen werden. Darum ersuchen wir alle auswärtigen Kollegen und Genossen, den Bezug nach hier streng fernzubehalten. Wir bitten auch dringend, uns sobald wie möglich mit finanziellen Mitteln zu unterstützen und ersuchen alle Zahlstellen, alle Sendungen nur an die unterzeichnete Adresse zu senden: A. Bähringer, Gasthaus zum „Neuen Schiff“.

**Jahresbericht des Agitationscomités der Holzarbeiter Badens.**

Die Kommission, die nach dem Konferenzbeschlusse in Freiburg Ende März 1894, in Mannheim ihren Sitz habend, Anfang April gewählt wurde, entfaltete auch sofort ihre Thätigkeit. Zunächst wurde von derselben an alle Zahlstellen ein Zirkular entsendet, worin die Beschlüsse der Konferenz enthalten und dieselben er sucht wurden, thätig mitzuarbeiten. Wir gingen dabei von der Ansicht aus, daß sich die einzelnen Zahlstellen bei Bedarf von rednerischen Kräften an uns wenden und nicht warten, bis von uns angefragt wird, und doch waren es wieder nur die größeren Zahlstellen, die dies thaten, während die kleineren sich ganz ruhig verhielten. Neue Zahlstellen wurden in dem Berichtsjahre in unserem Wirkungskreise drei gegründet, nämlich in Offenburg, Bellingen und Tauberbischofsheim. In Offenburg wird bis zum Erscheinen dieses Berichtes die vierte entstanden sein. Im badischen Schwarzwalde, in dem eine große Zahl unserer Kollegen in den verschiedensten Industriezweigen arbeitet, ist es uns bis heute noch nicht gelungen, nennenswerthe Fortschritte zu erzielen, da die Zahl der an den einzelnen Orten arbeitenden Holzarbeiter zu gering und auch sehr häufigem Wechsel unterzogen ist. Die Zahl der auf Veranlassung des Agitationscomités abgehaltenen Versammlungen beträgt 14, welche durchgängig gute Erfolge erzielten. Im Oktober v. J. und März d. J. wurden an alle Zahlstellen hektographirte Zirkulare versendet, sowie auch ein größeres Flugblatt, in welchem die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation den Arbeitkollegen in klaren und kräftigen Worten nachgewiesen und zum Beitritt in den Holzarbeiterverband aufgefordert wurde. Ebenfalls war eine größere Agitationstour durch Baden geplant, allein da trotz aller Bemühungen kein geeigneter Referent zu finden war, der uns längere Zeit zur Verfügung stand, so mußte die Tour ausfallen und dann die Agitation in anderer Weise geregelt werden. Die Kommission wird in Zukunft bestrebt sein, größere Touren zu unterlassen, um dadurch den Zahlstellen mehr Freiheit in der Wahl der Versammlungstage zu ermöglichen. Ebenso sollten die einzelnen Zahlstellen in regerem Verkehr mit der Kommission stehen und in Verantwortung der an sie gestellten Fragen und Zuschriften nicht so faumselig sein. Wir richten hiermit zum Schluß die Mahnung an Euch, Kollegen, verucht überall in die Agitation einzutreten, benutzt die kurze Spanne Zeit der jetzigen Geschäftskonjunktur, werbet neue Mitstreiter und Mitkämpfer für die gute Sache, verucht, wo immer es möglich ist, Versammlungen zu arrangiren, wir werden Euch mit Referenten und mit Rath und That stets zur Seite stehen.

Beifolgend die Abrechnung für die Zeit vom 1. April 1894 bis mit 1. Quartal 1895:

Rassenbestand am 1. April 1894	M. 24,76
Gesamteinnahme	203,07
Summa	M. 227,83
Gesamtausgabe	148,27
Rassenbestand	M. 79,56

Mannheim, 4. Juni 1895.  
Die Agitationskommission für Baden.  
J. A.: Karl Bujelmaier, S. 3, R. 12.

**Adressen der Holzarbeiter-Agitationscomités. \*)**

- Rheinland-Westfalen:**
- Elberfeld. H. Burmeister, Funkenstraße 4.
- St-Westfalen und Lippe.
- Bielefeld. Carl Schred, Fiekerstr. 20.
- Nordwest-Deutschland:**
- Bremen. Rob. Hartenstein, Dierthorwall 17/18.
- Provinz Sachsen, Anhalt und Braunschweig:
- Magdeburg. A. Gorgas, H. Klosterstraße 15/16.
- Provinz Brandenburg:
- Brandenburg a. H. G. Kaffau, Linienstraße 31.
- Schlesien:
- Breslau. A. Bergmann, Adalbertstraße 26, 2. Et.
- Bezirk Leipzig:
- Leipzig. F. Reusch, Körnerstraße 8, S. 3. Et.
- Bezirk Dresden:
- Dresden. Oskar Döring, Maternistraße 18, 2. Et.
- Bezirk Chemnitz:
- Chemnitz. F. Kapp, Rudolfstraße 23, 1. Et.
- 18., 22. und 23. sächs. Reichstagswahlkreis:
- Plauen. Franz Schulz, Rortipstraße 22.
- Thüringen:
- Erfurt. W. Schaeff, Seitenanstraße 68.
- Bayern:
- München. A. H. J. Schultze, Böttcherstraße 18.
- Württemberg:
- Stuttgart. Th. Leipart, Böblingerstraße 127.
- Hessen:
- Kassel. G. Scheiderer, Schreiner, Jakobstraße 27.
- Hessen-Nassau:
- Kassel. W. Rott, Schopenhauerplatz 6, 2. Et.
- Baden:
- Mannheim. Anton Götzinger, Schwegingerstraße 19.
- Schleswig-Holstein und Lauenburg:
- Kiel. Aug. Fiedler, Kuxenstraße 70 a.

\*) Wir beabsichtigen, diese Adressen in entsprechender Zusammenfassung wiederholt zu veröffentlichen. Diejenigen Comités, deren Adressen in unserer Zusammenfassung noch nicht enthalten sind, wollen uns dieselben gelegentlich mittheilen. Ebenso eruchen wir um Bekanntgabe etwaiger Änderungen. D. Red.

In die Ortsverwaltungen des Holzarbeiter-Verbandes des östlichen Westfalen und Lippe.

Die verflozene Agitationstour des Kollegen Richard Müller-Hamburg hat unsere Kasse fast erschöpft. Da aber von unserer Seite noch mehrere Vorkehrungen getroffen sind behufs Gründung von Poststellen, brauchen wir notwendig Geld!

Der Sommer muß benutzt werden, um das Geld zu heuern. Kollegen, thut Eure Pflicht: Sendet Geld!

Das Agitationscomité. J. A.: Carl Schred, Bielefeld, Sieberstr. 20.

Das kann doch auch wohl ohne große Geldopfer gemacht werden. Das Porto nach Hamburg an die „Holzarbeiter-Zeitung“ würde höchstens 20 A betragen, oder beabsichtigt die Agitationskommission, den Tätigkeitsbericht in einer Broschüre niederzulegen?

Singeandt.

W a r n u n g.

Der Holz- und Metallarbeiter Gustav Kieg, geboren zu Rottum am 15. Januar 1871, Buchnummer 3498, ist von Altersher durchgebrannt, nachdem er der Holzarbeiter-Verbandskasse eine Summe von M. 23 und dem Gewerkschaftsartikel M. 2 unterschlagen hat.

Das Gewerkschaftsartikel-Archiv. J. A.: F. Heitfeld

Verband deutscher Holzmacher.

Korrespondenzen

Rüßberg a. E. Bezugnehmend auf die Annoncen des Fachverbandes Seite in Nr. 19, 20 und 21 dieses Blattes, sieht sich die hiesige Ortsverwaltung veranlaßt, folgendes zu bemerken: Bekanntlich jagte Herr King Seite 6 Geheßen, welchen er dauernde Wohnung zugesichert. Ein Glück, daß noch keine Jagd gewonnen hat. Was würden sie machen, wenn sie hier wären und Seite 6 nicht beschützigen?

Erklärung der Redaktion: Der Fachverband unserer Seite ist nicht ohne einen in unserer Zeitung, bisher sind wir aber auch keine Klagen wie vorstehend seitens der Kollegen laut geworden; und so lange das nicht geschieht, kann die Expedition unmöglich wissen wie die Beschäftigten liegen, und hat auch keinen Grund, die Jagden zu unterstützen.

Streik und Lohnbewegung

Frankfurt. Die Streik der Maurer in Hamburg und Leipzig dauern ununterbrochen fort. Im letzteren Ort sind 1800 Mann beteiligt. Ob ein Beschluß des „Arbeiterverbandes“

sämtliche Bauten zu schließen, falls die Streikenden den angebotenen Mindestlohn von 40 A und den Maximallohn von 45 A pro Stunde nicht annehmen, zur Ausführung gebracht wird, ist bis zur Stunde nicht bekannt.

Oesterreich-Ungarn. Der Streik der Tischler in Troppau dauert in einzelnen Betrieben noch fort. 42 Kollegen sind noch zu unterstützen. Wenn das in mehreren Werkstätten Errungene nicht wieder verloren geht, dann, so mahnt unsere Wiener Kollegin, ist es endlich hoch an der Zeit, daß sich die Organisationen ihre Pflicht vor Augen halten, damit das Wort Solidarität nicht zur Phrase wird.

Schweiz. Die Maurer und Handlanger in Bern haben eine allgemeine durchschnittliche Lohnerhöhung von 5 resp. 4 Cts. pro Stunde und eine Arbeitszeit von zehn Stunden im Sommer und acht Stunden im Winter erreicht.

Rußland. In Siga freiten 3000 Droßkenträufcher und Fuhrleute, Unternehmer und Bedienstete gemeinsam gegen die Polizei, um die Aufhebung einer Verordnung durchzusetzen.

Gewerkschaftliches.

Die erste Generalversammlung des Zentralvereins der Bildhauer Deutschlands fand am 3. und 4. Juni in Nürnberg statt. Anwesend sind 16 Delegierte, die beiden Vorsitzenden des Verbandes, Dupont und Meyer aus Berlin, desgleichen der Hauptverwalter Stahl.

Arbeitslose und erwerbsfähige Mitglieder, welche Unterstützung nicht mehr beziehen, sind auf die Dauer von 26 Wochen von der Beitragspflicht befreit. Während dieser Zeit rufen auch ihre Rechte in Bezug auf Unterstützung bei Arbeitslosigkeit resp. Erwerbsunfähigkeit; um diese Rechte wieder zu erwerben, ist eine 26wöchentliche Beitragszahlung erforderlich.

Der Antrag Stuttgart: „Unternehmer sind in den Verein nicht mehr aufzunehmen, eventuell anzuschließen“ wird nach längerer Diskussion abgelehnt, da der Begriff „Unternehmer“ schwer zu begrenzen ist.

Der Antrag Berlin: „Die Wittwenunterstützung und die Unterstützung bei Arbeitsunfähigkeit zu streichen, da diese mit dem Zweck einer auf wackerem Boden stehenden Arbeiterorganisation nicht zu thun haben und hier der Staat einzugreifen habe.“

In einer Resolution, welche Gorbel-Dröben einbringt, erklärt sich die Generalversammlung im Prinzip gegen die Unterstützung von Waisen und Erwerbsfähige, weil dieselbe mit einer Arbeiterorganisation nicht zu thun habe.

schaft festgesetzt. Die bisherige Reiseunterstützung von 75 A bis zu 45 Tagen nach 26wöchentlicher Mitgliedschaft wird gestrichen.

Es folgt die Verabreichung der drei Unterstützungen für Erwerbslose und wird zunächst beschlossen, für alle drei Zweige eine einheitliche Wartezeit von 7 Tagen einzuführen, welche eventuell zusammengezählt wird.

Ferner zwei Anträge, einer aus Berlin, daß den Kollegen, die eine Stellung, welche sie angenommen haben, aber nicht antreten, bei Arbeitslosigkeit die Unterstützung um M. 7 gekürzt werden kann, und einer aus Hamburg, der solchen Kollegen, welche trotz entgegenstehenden Beschlusses der örtlichen Verwaltungsstelle in den Werkstätten nach Arbeit umfragen gehen, die Unterstützung für die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit entziehen, eventuell dieselben ausschließen will.

Die Entschädigung der Delegierten wird auf M. 10 pro Tag festgesetzt. Das neue Statut tritt am 1. August in Kraft. Für Agitation sollen mehr Mittel seitens des Vorstandes aufgewandt werden; auch soll ein Flugblatt ausgearbeitet und in großer Auflage hergestellt werden.

Zu Punkt 10: „Gegenseitigkeitsverträge mit außerdeutschen Bildhauervereinigungen“, wird beschlossen, die bezüglichen Abmachungen dem Zentralvorstand zu überlassen. Die anwesenden Mitglieder desselben sollen mit den gleichfalls anwesenden Vertretern der Schweiz, Hollands, Böhmens, Oesterreichs und Ungarns diese Bedingungen stipulieren.

Die Schmiede Deutschlands hielten am 2., 3. und 4. Juni in Hamburg ihre fünfte Generalversammlung ab. Anwesend sind 20 Delegierte die 1500 Mitglieder aus 29 Zahlstellen vertreten. Nach dem Bericht des Vorstandes ist die Organisation in mehreren Orten zurückgegangen, an anderen Orten hat sie viel Gutes erreicht.

Im Fachorgan soll eine Streikrubrik enthalten sein. Als Vorort wurde Hamburg, als Sitz des Ausschusses Braunschweig, als Sitz der Prekommission Berlin bestimmt.

Der Verband deutscher Steinseher tagte Pönglitz in Halle. 59 Orte waren durch 44 Delegierte vertreten. Die Mitgliederzahl ist von 1866 im Jahre 1892 auf 2680 in diesem Jahre gestiegen. An Einnahmen hatte der Verband vom 1. Januar 1893 bis 1. Juni 1895 M. 1881,02, denen eine Ausgabe von M. 10.52 gegenübersteht.

Der zweite Verbandstag u. macht es den Delegierten zur Pflicht, in den von ihnen vertretenen Filialen in adrevertir Linie dahin zu wirken, daß in möglichst kurzer Zeit eine einheitliche Arbeitszeit von höchstens 10 Stunden täglich eingeführt wird.

Alsdann wurde über die Stellungnahme zur Generalkommission berathen, worüber sich eine lange und lebhafteste Debatte entspann. Wiese-Hamburg vertrat den Standpunkt, daß man mit dem Anschluß und der Leistung von Beiträgen warten solle bis nach dem allgemeinen Gewerkschaftskongreß, der 1896 stattfindet werde.

Bezüglich der Stellungnahme zu den Kamern wird solidarisches Zusammengehen empfohlen. Ferner wird in einer Resolution die Gründung eines Streifonds gefordert. Anträge auf obligatorische Einführung der Extrawarten für den Streifonds, ebenso erhöhte Beiträge zum selben Zweck, wurden abgelehnt.

Die Tisch-Drucker'schen Gewerbevereine hielten vorige Woche in Danzig ihren 12. Verbandstag ab. 34 Delegierte waren anwesend. Außerdem aber waren ein Oberbürgermeister, ein Stadtrat, vier Stadträte und auch ein Vertreter des Polizeipräsidenten zugegen.

Ihre hohen Ehrengäste und die hohen Protektoren aus Ministerkreisen von Herzen gerne, glauben aber nicht, daß mit den Sympathieverfälschungen den einzelnen Mitgliedern auch nur der geringste Vorteil erwachsen wird. Besser wäre es ganz entschieden, wenn die Herren Max Strich und Genossen anstatt um die Gunst hoher Freunde zu buhlen, an die Erbringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Mitglieder der Vereine denken würden. Es wäre unendlich praktischer, dem Unternehmertum und deren Schützlingen einmal die Bühne zu zeigen, anstatt denselben immer und ewig zu versichern: Ach, wir sind ja so unschuldige Schafe, gestattet uns nur, daß wir weiter spielen können.

**Der Verband der Handschuhmacher Deutschlands** veröffentlicht den Rechnungsabschluss für das Jahr 1894. Die Reineinnahme des Verbandes betrug M. 45 777,23, die Ausgabe M. 41 820. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug am Schlusse 1894 M. 17 683,78. Die Mitgliederzahl betrug 2440, am 31. März d. J. zählte der Verband 2556 Mitglieder.

**Der Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**, der vor Kurzem in Lugern stattfand, war von 141 Delegirten besucht, die 9 Zentralverbände mit 84 Sektionen repräsentirten. Nach einer Berathung über Abänderungen des Statuts wurde beschlossen, zur Besserung der finanziellen Lage des Gewerkschaftsbundes einen einmaligen Extrabeitrag von 2 Francs in vier Raten zu erheben, ferner den Schweizerischen Arbeiterbund einzuladen, zur Speisung der Reservelasse des Gewerkschaftsbundes mitzuwirken; weiter wurde einer Resolution zugestimmt, wonach die Berufsverbände eingeladen werden sollen, mit den Organisationen des Auslandes sich über die Auszahlung der bei der Reiseunterstützung sich ergebenden Differenzsumme zu verständigen. Bei Streiks mit mehr als 300 Ausständigen wird künftig pro Mitglied und Monat eine Extraxe von 50 Cts. erhoben. Der nächste Gewerkschaftskongress soll über die Anstellung eines ständigen Sekretärs und auch darüber beschließen, ob lokale Arbeitersekretariate zu subventioniren seien; das Bundescomité wurde durch zwölf Mitglieder erweitert, die außerhalb des Vorkortes wohnen und sich hauptsächlich mit der Organisation zu befassen haben; bei Angriffsstreiks von mehr als 300 Ausständigen hat sich das Bundescomité zu versammeln, Genehmigung und Beendigung von Streiks haben zu erfolgen zwischen dem Bundescomité und der betreffenden Gewerkschaft der in Frage stehenden Arbeiter, event. entscheidet endgültig das Bundescomité; andere als den zu vertretenden Verbänden, Fachvereinen, Gewerkschaften angehörende Mitglieder dürfen nicht als Delegirte gewählt werden; die Mitglieder des Bundescomités sollen vom Vorkort proportional nach den Berufsgruppen gewählt werden. Wegen der vielfachen Verschleppungen von Hauptpflicht-Prozessen soll das Bundescomité mit dem Vorstand des Schweizerischen Arbeiterbundes in Verbindung treten, um durch eine Eingabe die kompetenten Bundesbehörden zur Abstellung jener schädlichen Praxis zu veranlassen. In einer anderen Eingabe sollen die Bundesbehörden ersucht werden, die Bedingungen staatlicher Arbeitsvergebrungen auch den Arbeitern wegen Regelung der Arbeitslöhne zur Kenntniß zu bringen. Die in Basel zusammengetretene Generalversammlung des Schweizerischen Typographenbundes hat, nach unserer Quelle, wegen der Erhöhung der Beiträge den Austritt aus dem Gewerkschaftsbund beschlossen. Der Kongress sprach darüber sein Bedauern aus.

**Der Holzarbeiterverband in der Schweiz** soll, wie dem „Vorwärts“ mitgeteilt wird, seine Auflösung beschließen haben. Die Berufsverbände sind in der Schweiz noch keine alte Einrichtung und es werden deren immer noch neue gegründet. Wo sie ernsthaft geleitet werden, haben sie sich bisher ausnahmslos bewährt. Wenn man nun wieder an die Auflösung der Verbände schreitet und zu den einzelstehenden Fachvereinen zurückkehren wollte, so betriebe man damit die reinste Vereinspielerei, die einer den Kinderschuhen entwachsenen Arbeiterbewegung nicht würdig wäre. Glücklich wäre dürfte das Vorgehen der Holzarbeiter ohne Nachahmung bleiben.

**Der internationale Bergarbeiterkongress**, welcher vorige Woche in Paris tagte, beschloß mit 786 000 gegen 212 000 vertretene Arbeiterstimmen, die Frage wegen der Ueberproduktion auf den nächstjährigen Kongress zu verschieben. Dafür stimmten Engländer und Deutsche. Mit 870 000 gegen 96 000 Stimmen wurde die Forderung auf gesetzliche Einführung des Achtstundentages für die Arbeiter über und unter der Erde beschlossen.

Die Fachvereine Dänemarks haben, wie der dänischen Zeitschrift „Løstæren“ (Fischer) von dem Genossen J. Jensen mitgeteilt wird, recht große Fortschritte gemacht. So finden wir in dem Artikel folgende Zahlenangaben und Darstellungen, die Beachtung verdienen und allen Zweiflern an der Notwendigkeit der Gewerkschaftsorganisation zur Mahnung dienen mögen. Für Streiks sind in den 10 Jahren von 1880—1890 allein für Kopenhagen 700 000 Kronen gesperrt worden. Von dieser Summe wurden 220 000 Kronen durch direkte Einschüsse der Fachvereine, der Rest durch freiwillige Beiträge aufgebracht,

aber auch fast ausschließlich durch Mitglieder der Fachvereine. Die Folge dieser Opferwilligkeit der Arbeiter ist, daß die Löhne um durchschnittlich 10 pCt. gestiegen sind. Interessant ist dabei ferner, daß die Zahl der Streiks abgenommen hat. Der Verfasser, J. Jensen, schreibt darüber: „Obwohl der Streik selbstverständlich noch eine große Rolle innerhalb der Fachvereinsbewegung spielt, weil er das einzige, schnell wirkende Mittel ist, was die Arbeiter anwenden können, werden die Streiks doch immer seltener, und zwar in demselben Grade, wie die Organisationen an Kraft zunehmen. Erstens lassen die Unternehmer sich ungern in einen Streik mit einer starken Organisation ein, weil der Ausfall für sie äußerst zweifelhaft werden kann, und ferner ist es einleuchtend, daß die Arbeiter, die im Anfang nur von ihrer moralischen Rechtsforderung ausgingen und nicht genügend Rücksicht auf das nahmen, was im Augenblick möglich war, jetzt diese Seite der Sache einer sehr sorgfältigen Prüfung und Ueberlegung in den Fachvereinen unterwerfen. Die Forderungen werden jetzt von beiden Seiten den gegenseitigen Kraftverhältnissen angepaßt, so daß viele Streiks vermieden werden. Hätten die Arbeiter aber nicht diese Kräfte als Mittel zur Hand, so würde auf ihre Wünsche viel weniger Rücksicht genommen werden.“

**Der internationale Verband der Zigarrenarbeiter Amerikas** zählte Anfangs 1894 27 828 Mitglieder und wies einen Kassenbestand von M. 1 918 274,94 auf. Die Einnahme im selben Jahre betrug M. 2 096 832,56, die Ausgabe M. 2 585 295,13, ein Mehr von M. 486 962,57. An Streikunterstützungen wurden gezahlt M. 188 860,39 für Einführung der Schuhmarke M. 103 017,60, für Arbeitslosenunterstützung M. 782 972,45, für Reiseunterstützung M. 177 047,51, für Krankenunterstützung M. 448 385,15 und für Unterstützung in Sterbefällen M. 261 066,83. M. 10 593 989,28 Unterstützung zahlte der Verband in den letzten 15 Jahren an seine Mitglieder.

**Gerichts-Chronik.**

**Ist eine Kommission ein Verein!** Diese Frage wurde vom Landgericht Berlin I bejaht, denn es verurtheilte die Mitglieder der Berliner Frauenagitationskommission, Frä. Baader und die Frauen Fahrenwald, Frohmann, Schr. Jung und Köstch, zu Geldstrafen von M. 15—30. Sie sollten als Frauenpersonen einem politischen Verein angehört haben. Die Angeklagten bestritten die Anklage und erklärten, daß sie keinen Verein gebildet, vielmehr jede einzelne für ihre Aufgabe gewirkt hätte. Das Gericht sah jedoch die sechsgliederige Kommission für einen „Verein“ an und erkannte auf deren Auflösung. Die Rechtlosigkeit der arbeitenden Frauen bildet eine Grundsäule unserer Ordnung und wird mit einem Eifer aufrecht erhalten, der für den Schutz der weiblichen Gesundheit und Ehre leider mangelt. In demselben Sinne, wie das obige Gericht, erkannte auch das Schöffengericht in Frankfurt a. M., indem es fünf Mitglieder des Arbeiterinnenvereins, die einer Beschwerdekommission angehörten, verurtheilte, und zwar die Vorsitzende zu M. 30 und drei Mitglieder zu je M. 15. Eine Angeklagte wurde freigesprochen. Sie hatten als Mitglieder genannter Kommission Beschwerden von Dienstmädchen über schlechte Behandlung entgegengenommen und in einer Broschüre die Arbeiterinnen zum Beitritt in den Verein aufgefordert. Die Anklage sah in dieser Broschüre eine politische Schrift und in dem Beschwerdebüchlein einen polizeilich nicht angemeldeten Verein, der sich mit politischen Angelegenheiten abgab. Die fünf Angeklagten und ihr Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Reutirch, bestritten, daß es sich um einen Verein handelt, der etwas Anderes als nationalökonomische Dinge zum Zweck habe. Sie bestritten auch, daß ihr Comité ein Verein außerhalb des Rahmens des „Vereins für Arbeiterinnen und Dienstmädchen“ sei. Die Hauptangeklagte, Anna Forchner, Vorsteherin des Vereins und Vorsitzende der Beschwerdekommision, bekannte sich auch zur Autorität der vom Comité veröffentlichten Druckschrift. Dr. Reutirch beantragte die Freisprechung und den Erlass der Anwaltskosten. Das Schöffengericht nahm jedoch an, die Beschwerdekommision sei ein Verein politischer Natur, wofür der Beweis in der Entziehung aus dem „Verein der Arbeiterinnen“ und in der Kumbgebung durch die Flugblätter zu finden sei, die u. A. von der Gleichberechtigung der Frauen zur Wahl der Gewerbegerichte rede.

**Ein ungetreuer Kassirer.** Der frühere Kassirer Kugel, Zahlstelle Burg, der Zentraltrafenkasse der Tischler zc., ist wegen Unterschlagung von Kassengeldern zu einem Monat Gefängniß verurtheilt.

**Technisches.**

**Verwendung von Sägespänen.** Die Technik macht sich in letzter Zeit besonders dadurch verdient, daß sie Abfallstoffe oder geringe Nebenprodukte in ausbringender Weise zu verwerten versucht. So berichtet uns das Patent- und technische Bureau von Richard Lüders in Götting, daß es neuerdings einem Herrn Heimsoth gelungen ist, ein Verfahren zur Briquetirung von Sägespänen ohne Zusatz von Bindemitteln zu erfinden, wodurch unter Anwendung der zur Ausführung bedingten Maschine,

Späne jeglicher Holzgattung zu Briquets gepreßt werden können und ein vorzügliches Feuerungsmaterial geschaffen wird. Diese Sägespähn-Briquets übertreffen in ihrem Heizeffekt die Braunkohle bei Weitem. (Der Heizeffekt verhält sich wie 5 : 8.) Die Briquets eignen sich vorzüglich für Stubenfeuerungen, da sie die Defen schonen und ihre Verbrennungsprodukte frei von schwefeliger Säure sind, wenig Asche zurücklassen und auch sehr wenig Flugasche abgeben. Da der Wärmeeffekt sehr schnell eintritt, so ist dieses neue Feuerungsmaterial für Kochherde sehr nutzbar zu verwenden, wie es überhaupt wegen seiner großen Vorzüge, seiner reinlichen Handhabung usw. selbst dem besten Holz vorzuziehen ist, so daß es bald überall ein beliebtes und hochgeschätztes Heizmittel bilden und in allen holzreichen Gegenden neue Industriezweige entwickeln wird.

**Literarisches.**

**Der „Sozialdemokrat“**, Zentral-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW. Dentschstraße 3).

Die Nr. 23 vom 6. Juni hat folgenden Inhalt: Internationaler zc. Kongress. — Wochenschau. — Zwei bayerische Reichstagserversammlungen. — Crispin's Fiasco. — Gegen das Sweating-System. — Aus alter Zeit. — Parteinaufrichten. — Vermischtes. — Bildungsvereine und Sozialdemokratie. — Die Agrarier. — Der Krebsgang in der Sozialreform. — Arbeiterorganisationen. — Wie man uns behandelt. — Todtenliste. — Literarisches.

**Von der „Neuen Zeit“** (Stuttgart, J. S. W. Diez' Verlag) ist jeben das 36. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Allerlei aus der bürgerlichen Presse. — Zur Beweisführung unjener Agrarier. Von Dr. Eduard Dabid. — Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten, 1886—1892. Von F. A. George. (Fortsetzung.) — Pithecanthropus erectus. Eine menschenähnliche Uebergangsform aus Java. Von A. Jacobi. — Notizen: Der Drang nach Verbreitung von Volksschulen in Rußland. — Feuilleton: Germinie Lacerteux. Von Edmond und Jules de Goncourt. Einzig autorisirte Uebersetzung von Emma Adler. (Fortsetzung.)

**Briefkasten.**

**Darmstadt, R. H.** Beide haben Recht, weil Beide das Gleiche meinen. Den Namen Fichte gebraucht man in Mittel- und Süddeutschland, während man denselben Baum in Nord- und Nordostdeutschland Rothanne oder kurz Lanne nennt, bei Ausbruch Fichte entweder garnicht kennt oder mitunter sogar die gemeine Fichte oder Föhre damit bezeichnet.

**Stutenmüde?** Der Bericht bietet nicht das geringste Interesse, selbst für die Kollegen am Orte nicht. Außerdem fehlt jede Unterschrift.

**52967.** Das Miethsgeld hat damit nichts zu thun, aber Kündigung steht Ihnen zu. Frage 2. Darüber ergibt keine gesetzliche Bestimmung und hängt ganz von dem Ermessen der Vorgesetzten ab.

**Nordhausen? S.** Das ist schwer zu sagen, da es ganz in dem Ermessen der Armenbehörde liegt, die Unterstützung zu entziehen, zu erhöhen und zu reduzieren, je nachdem die Verhältnisse des bisher Unterstützten sich verändern. Mit der Verlobung würde die Entziehung des Armeugelbes nicht eintreten können, wohl aber am Tage der Verheirathung.

**Beilstein, F. W.** Wenden Sie sich an Herrn Rudolf Lönje, Hamburg, Pferdemarkt 56, auch an F. Kaff, Berlin, Prinzenstr. 100. Auch der Direktor der Fachschule in Detmold, Herr J. Reineking, dürfte Ihnen mit Rath zur Seite stehen.

**R. B. 100.** Setzen Sie dem Leinöl etwas Umbra und als Trodenmittel Siccatis hinzu. Das Streichen oder gar Lackiren der Fußböden sollte man vermeiden.

**Oberlieber??** So geht das aber nicht. Zunächst muß man doch wissen, wer der Säreiber ist, der dem Reiter mal zeigen will, wen er vor sich hat. Von großem Nutzen zeugt das gerade nicht, wenn man sogar die Rennung des Namens vermeidet. Also ein andermal.

**Ren-Rappin?** Jawohl, dafür müssen die Eltern aufkommen. Wenn es da auch Nichts zu pflücken giebt, werden Sie die 6 Tage fast abrummen müssen.

**Passloch, R. D.** Gute Holzbildhauerwerkzeuge erhalten Sie bei Albert Hauber, Berlin SO., Dresdenstr. 186. Auch bei Herrn Karl Salmann, Karlsruhe, Werberstr. 21 (französisches Werkzeug).

**Briesbus.** Theilen Sie Ihre Wünsche den Kollegen in B. schriftlich mit. In der Zeitung eignen sich bezartige Veröffentlichungen nicht.

**Oldenburg.** Betreffend Privatschulden nehmen wir keine Stadtriche auf.

**Osterode.** Es dürfte doch richtiger sein, daß Sie das Begehren außer der Mithilfe der Zeitung anbringen, weshalb wir auch die Aufnahme der Annonce ablehnen müssen.

**Bersammlungs-Anzeiger.**  
(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 Pf.)

**Mittenburg (S.-M.).** Unsere nächste Bersammlung findet am Sonnabend, den 22. Juni, statt. Es wird um zahlreiches Erscheinen gebeten, da wichtige Punkte zu erledigen sind.

**Die Ortsverwaltung.**  
NB. Die Bersammlungen finden regelmäßig alle 14 Tage statt.

**Mitona.** Am Dienstag, den 18. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, bei Hwe. Ebler, Rorber-Rasse 37. Tages-Ordnung: 1. Vortrag, 2. Fragekasten, 3. Bericht.

**Die Ortsverwaltung.**

**Braunschw. im.** Am Sonnabend, den 22. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im „Reinischen Hof“, Wendenstr. 45.

**Wettig.** Am Sonnabend, den 15. Juni, Abends 8 Uhr, im Schöcher.

**Dresden.** Am Montag, den 17. Juni, Abends 9 Uhr, öffentliche Bersammlung der Holzarbeiter von Dresden und Umgegend im Restaurant „Zur Eiche“, Striesen, Hüttenstraße 1. Tagesordnung: 1. Familien- und Eigenthumsform. Referent: Herr Dutsch. 2. Debatte 3. Gewerkschaftliches. Zahlreiches Besuch erwartet.  
Der Einberuf.

**Karlsruhe.** Am Sonnabend, den 22. Juni, Abends 7 1/2 Uhr, bei Raimbold. Tagesordnung: Ausflug nach Ströpsburg zum Besuch der dortigen Kollegen und der Gewerbe-Anstaltung. Zahlreiches Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

**Marne.** Am Sonnabend, den 22. Juni, Abends 8 Uhr, bei J. Petersen. Vortrag: „Warum sind die Arbeiter unzufrieden?“ Referent G. Rode.

**Wandböl.** Am Sonntag, den 16. Juni, Nachmittags 4 Uhr. Tagesordnung: 1. Ist die Gewerkschaftsbewegung notwendig? 2. Bericht vom Reich. 3. Bericht.

**Anzeigen.**

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unserm Bureau sein.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Uns a. D. Bevollmächtigter Paul Frey, Hauptstraße 16, 2. Etage. Kassirer Alb. Scheffele, Hauptstraße 8, 4. Etage. Reiseunterstützung Mittags von 12—1 und Abends von 6—7 Uhr.

**Warnung.**

Das Mitglied Nr. 14377 des Druckers Th. Fried ist verstorben gegangen. Sollte desselbe den Kassirer zu haben kommen, so wolle man es dem Kassirer abgeben.  
Die Ortsverwaltung Bismarck l. Z.

**Warnung.**

Die Mitglieder werden hiermit vor den Kollegen Emil Schlessinger, Druckler, geb. den 30. Juni 1866 zu Bernstadt, Bachstr. 44371, welcher das Vertrauen seiner Kollegen besaß, das ihm anvertraute Geld für sich zu verwenden, und Joseph Gattler, geb. 10. September 1873 zu Schwandorf in Böhmen, Bachstr. 56735, welcher in unberechtigt Weise sich hier am Orte hat Reiseunterstützung anzuhaken lassen, gewarnt. Sollten die Betreffenden sich in einer Bersammlungsstelle anmelden, so ersuchen wir, den Vordem die Mitgliedsbücher abzunehmen und an die Bersammlungsstelle Vernunft einzulegen.  
J. A.: R. Tappe, Wendenstr. 104.

**August Schindlinger** wo sollst Du? Deine Freunde 2. Gang und R. Schindler, Str. Nr.: J. Meier, Zimmermann, Schwandorf l. Borel.

